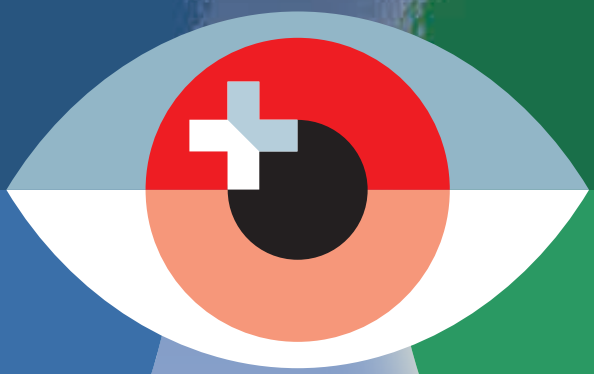
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ 2022



Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ 2022

Lagebericht
des Nachrichtendienstes des Bundes

Inhaltsverzeichnis

Sicherheitspolitisches Umdenken

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat ein sicherheitspolitisches Umdenken eingeleitet. Präsident Wladimir Putin hat im Februar 2022 die uns vertraute europäische Sicherheitsordnung zerstört. Der Ukrainekrieg bedroht aber auch die globale Ordnung, die im Zeichen einer strategischen Rivalität zwischen den USA und China steht.

Die sicherheitspolitische Ausgangslage in Europa hat sich markant geändert. Die westliche Antwort auf die direkte militärische Bedrohung durch Russland ist zur sicherheitspolitischen Priorität geworden. In Europa zeichnet sich derzeit eine sicherheitspolitische Neuaufstellung ab.

Der NDB hat in seinen Lageanalysen schon länger auf die zunehmende Bedrohung durch Russland hingewiesen. Der Bundesrat wies im Sicherheitspolitischen Bericht im November 2021 darauf hin, dass Russland zunehmend konfrontativ auftrete und auch einen bewaffneten Konflikt in Europa provozieren könnte. Im Bericht stand auch, Russland könnte militärische Fakten schaffen, die zu einer Eskalation führten. Leider haben sich diese Kernaussagen bereits nach wenigen Wochen als zutreffend erwiesen.

Kiew liegt in der Luftlinie nur 1730 Kilometer von Bern entfernt. Der Krieg betrifft auch bei uns zahlreiche sicherheitspolitische Aspekte, von Fragen der Verteidigung über die Versorgungssicherheit, Flüchtlingsbewegungen bis hin zu Beeinflussungsaktivitäten und Cyberangriffen; er hat aber auch wirtschaftliche Folgen. Sicherheit ist in einer unsicherer gewordenen Welt wieder ein kostbares Gut. Gerade deshalb bleibt es die Aufgabe des NDB, auch andere Bedrohungen wie den Terrorismus, gewalttätigen Extremismus, Cyberangriffe, Spionage oder Proliferation weiterhin im Auge zu behalten.

Wir erleben eine Zeitenwende, die das ganze Sicherheitsgefüge in Europa erschüttert und nachhaltig verändert. Die Schweiz hat sich 2022 klar zur westlichen Wertegemeinschaft bekannt – in Zukunft wird es darum gehen, auch zur europäischen Sicherheit, von der die Schweiz ebenfalls profitiert, unsere Beiträge zu leisten.

Viola Amherd, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Der Lageberichtin Kürze

Russland hat im Februar 2022 mit seinem Angriffskrieg auf die Ukraine nicht nur auf gravierende Weise internationales Recht verletzt, sondern auch die jahrzehntealte europäische Sicherheitsordnung zerstört. Das Risiko eines direkten militärischen Konflikts zwischen Russland und der Nato ist grösser geworden. In Europa hat der Krieg in der Ukraine ein sicherheitspolitisches Umdenken eingeleitet: Finnland und Schweden haben Beitrittsgesuche bei der Nato eingereicht, die EU will mehr strategische Verantwortung übernehmen, europäische Staaten sind zu einer substanziellen Erhöhung der Verteidigungsausgaben bereit und die Sicht Westeuropas, Ostmitteleuropas und der USA auf Russland und China haben sich angeglichen.

Die europäische Sicherheitsordnung war bereits seit Längerem erodiert, wie die Covid-19-Pandemie hat die russische Invasion bereits bestehende sicherheitspolitische Trends beschleunigt und verstärkt, insbesondere die Grossmächtekonkurrenz.

- Die globale Ordnung steht weiterhin im Zeichen einer strategischen Rivalität zwischen den USA und China und einer sich abzeichnenden Spaltung der Welt in zwei Einflusssphären, eine amerikanische und eine chinesische. Die Konfrontation zwischen freiheitlich gesinnten westlichen Staaten und China, aber auch Russland, erschwert gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen.

- Russland will die Ukraine fest in den russischen Machtbereich reintegrieren. Der Krieg hat der ukrainischen nationalen Identität aber Schub verliehen. Die westlichen Sanktionen entfalten noch keine regimegefährdende Wirkung, und eine Abkehr der russischen Sicherheitsorgane vom Regime erscheint derzeit noch unwahrscheinlich.

- Trotz der aktuellen Konfrontation mit Russland wollen sich die USA weiterhin möglichst auf China fokussieren, das als einziger annähernd gleichwertiger strategischer Rivale wahrgenommen wird. Die Eindämmung Russlands und die Stärkung der Nato-Ostflanke werden jedoch vorerst mehr amerikanische Mittel binden, als geplant war, auch wenn die europäischen Staaten zu einem Ausgleich der transatlantischen Lasten bereit erscheinen.

- China wird sich wahrscheinlich nicht von Russland abwenden, will aber auch den Bruch mit den westlichen Staaten vermeiden. Auch die westlichen Staaten wollen keinen Bruch, da dieser auf beiden Seiten zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde. Präsident Xi Jinping will Chinas Aufstieg zur wirtschaftlichen und technologischen Weltmacht um jeden Preis sichern.

- Spionage ist ein dauerhaft präsentes Phänomen – entsprechende Tätigkeiten sind heute bereits auf einem hohen Niveau und nehmen weiter zu. Das internationale Genf bleibt ein Brennpunkt der Spionage. Verschiedene europäische Staaten haben jüngst russische Nachrichtendienstoffiziere ausgewiesen, was die russischen Dienste dazu bewegen könnte, ihre Kräfte in Staaten wie der Schweiz einzusetzen, die keine Ausweisungen vorgenommen haben.

- Die strategische Rüstungskontrolle zwischen den USA und Russland steht auf tönernen Füssen; China wird sich an der strategischen Rüstungskontrolle nicht beteiligen. Die Grossmächterivalität begünstigt zudem Nordkorea, da die USA und China auch hier nicht zusammenarbeiten werden – wirtschaftliche Massnahmen allein werden das Regime nicht zur Aufgabe seines Atomwaffenprogramms zwingen. Iran wird seinerseits zum nuklearen Schwellenstaat, dürfte aber ohne äussere Notwendigkeit nicht erneut ein Kernwaffenprogramm auflegen – eine Reanimierung des Joint Comprehensive Plan of Action zeichnet sich gegenwärtig nicht ab.

- In Konflikten allgemein und bei Kriegshandlungen im Besonderen ist immer auch mit Cyberaktivitäten zu rechnen. So haben die USA, Grossbritannien und die EU Cyberangriffe auf kommerzielle Satellitenkommunikationsnetze Ende Februar 2022 Russland zugeschrieben. Bereits seit Januar 2022 erfolgen russische Cyberoperationen gegen öffentliche und private ukrainische Netzwerke. Während des russischen Rückzugs aus dem Norden der Ukraine griffen Mitte April 2022 Hacker – wahrscheinlich des dem russischen Militärnachrichtendienst GRU zugerechneten Akteurs Sandworm – die ukrainische Stromversorgung an.

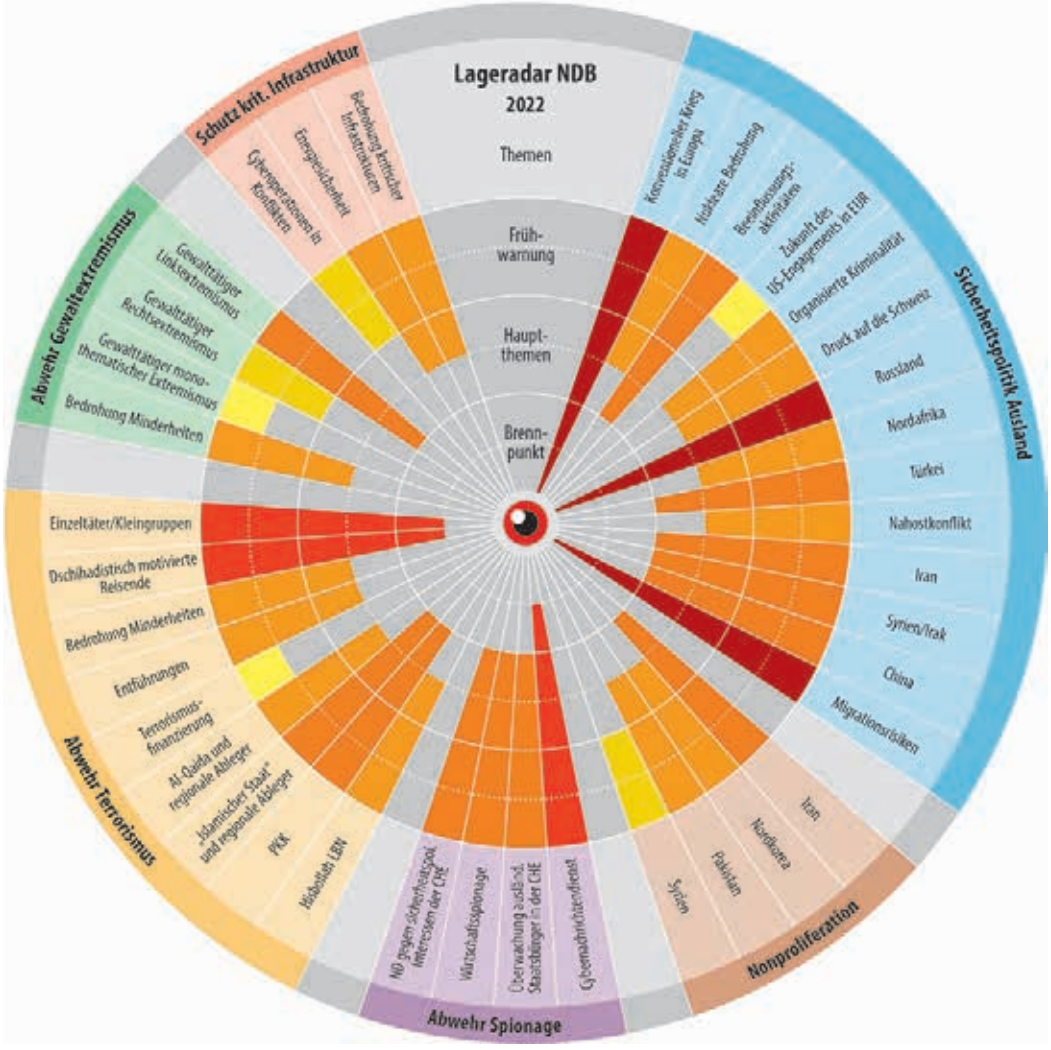
- Nichtstaatliche Akteure, vor allem westliche Technologiefirmen, spielen sicherheitspolitisch eine wachsende Rolle. So nutzte die Ukraine den durch die Starlink-Satelliteninfrastruktur ermöglichten Internetzugang unter anderem für Drohnenangriffe auf russische Panzer. Microsoft half der ukrainischen Regierung

und ukrainischen Firmen dabei, bedrohliche Aktivitäten gegen ukrainische Netzwerke zu identifizieren und zu beseitigen.

- Die gesellschaftliche Polarisierung und Fragmentierung geht mit dem Risiko von gewalttätigem Extremismus einher. Der gewalttätige Coronaextremismus ist hierfür ein Beispiel. Mit dem Ende der Pandemie ist allerdings wahrscheinlich, dass sich diese Szene beruhigt und verkleinert. Die gewalttätig-links- und rechtsextremistischen Szenen prägen im Bereich „gewalttätiger Extremismus“ die Bedrohungslage.

Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Themen „Migrationsrisiken" und „Organisierte Kriminalität". Auf diese beiden Themen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.



Strategisches Umfeld

Was sieht der NDB?

Europa: Im Zeichen von Russlands Krieg

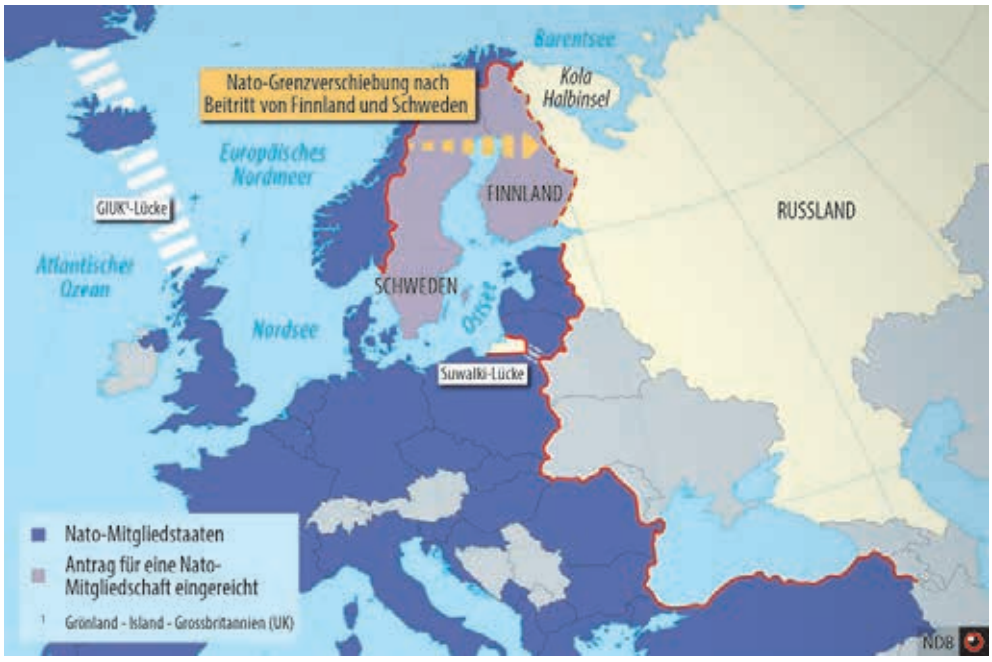
Am 24. Februar 2022 hat Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen und damit nicht nur auf gravierende Weise internationales Recht verletzt, sondern auch die 1975 ausgehandelte, aber bereits seit Längerem erodierende europäische Sicherheitsordnung zerstört. Diese Ordnung beruhte insbesondere auf den Prinzipien der friedlichen Konfliktlösung und der Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa.

Der Krieg bedroht auch die globale Ordnung, die im Zeichen einer strategischen Rivalität zwischen den USA und China und einer sich abzeichnenden Spaltung der Welt in zwei Einflusssphären steht. Der NDB hat die Rückkehr von Geo- und Machtpolitik sowie die wachsenden Rivalitäten zwischen den USA und China und die Herausbildung von zwei Normenräumen bereits in früheren Jahresberichten als dominante globale sicherheitspolitische Trends betont. Zuletzt ist die antiwestliche Partnerschaft zwischen China und Russland enger geworden – ein Trend, den die Zäsur von 2022 bestärken dürfte. Die Konfrontation zwischen freiheitlich gesinnten westlichen Staaten und China und Russland sowie geschwächte und blockierte multilaterale Institutionen erschweren auch gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen wie Terrorismus, nukleare Proliferation, Pandemien oder Klimawandel. Die politische und zunehmend militärisch geführte Konfrontation droht dabei auch die ideologisch-kulturelle Trennung zu verstärken. Der Begriff des

freiheitlichen Westens ist zivilisatorisch, nicht geografisch gemeint: Im von den USA angeführten westlich-freiheitlichen Lager spielen auch Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland eine wichtige Rolle, nicht nur gegenüber China, sondern auch bei den Sanktionen gegen Russland.

Wie zuvor die Pandemie hat auch Russlands Krieg sicherheitspolitische Trends beschleunigt und verstärkt. Die Pandemie hat den strategischen Wettbewerb zwischen den USA und China verstärkt und das europäische Chinabild verhärtet. Transatlantisch differierende Bedrohungswahrnehmungen Chinas haben sich angenähert; wie die USA gewichten nun die EU und die europäischen Nato-Verbündeten strategische Aspekte des chinesischen Aufstiegs zu einer Globalmacht höher. Gleichermassen hat der Krieg in der Ukraine ein Umdenken in Europa eingeleitet: Die EU verabschiedete mehrere Sanktionspakete, insbesondere im Finanz- und Wirtschaftsbereich, sprach ein Hilfspaket zur finanziellen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine, lieferte zum ersten Mal letale Mittel zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und gewährte Flüchtlingen rasch vorläufigen Schutz. Mit der Verabschiedung des Strategischen Kompasses im März 2021 hat die EU einen Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU vorgelegt. Deutschland vollzog eine Kehrtwende in der Russlandpolitik und kündigte eine massive Erhöhung seiner

Die Nato-Ostgrenze nach einem Beitritt Finnlands und Schwedens



Verteidigungsausgaben an. Schweden und Finnland stellten den Antrag auf Beitritt zur Nato. Die militärische Bedrohung durch Russland ist für Europa wieder dringlicher geworden. Dies führt zu einem Mentalitätswechsel im sicherheitspolitischen Diskurs in Europa. Die EU dürfte neben der Nato als sicherheitspolitischer Akteur gestärkt aus dieser Krise kommen, während andere Institutionen der europäischen Sicherheitsarchitektur wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder auch der Europarat geschwächt werden.

Russland wurde 2022 zu einem nicht nur von westlichen Staaten politisch, gesellschaftlich und kulturell isolierten Pariastaat. In der UNO-Vollversammlung unterstützten nur Belarus, Syrien, Nordkorea und Eritrea die russische Position. Die westlichen Sanktionen sind mit der Absicht verbunden, Russland weitgehend vom Welthandel, den globalen Finanzmärkten und ausländischen Investitionen auszuschliessen. Isoliert und militärisch und wirtschaftlich geschwächt, wird Russland unter dem heutigen Regime auf Jahre hinaus ein schwieriger und gefährlicher Akteur sein. Die Wirkung der westlich-freiheitlichen Eindämmungspolitik gegenüber Russland wird allerdings dadurch relativiert, dass insbesondere mit China und Indien wichtige Mächte ihre Beziehungen zu Russland tendenziell weiter vertiefen beziehungsweise zumindest aufrechterhalten.

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz, das wiederum die Bedrohungslage unseres Landes massgeblich beeinflusst, hat sich in wenigen Monaten markant verändert. Die Schweiz hat jahrzehntelang von der europäischen Sicherheitsordnung und der regelbasierten globalen Ordnung profitiert. Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Rolle des Verteidigungsauftrags im Besonderen gewinnen wieder an Bedeutung, nachdem sie gerade in Europa in den letzten Jahrzehnten im Schatten anderer Politikfelder gestanden sind. Neben den sicherheitspolitischen Folgen hat das Verhalten Russlands und Chinas auch für die Weltwirtschaft massive Konsequenzen. So hat die Welternährungsorganisation ihre schwerste Besorgnis darüber ausgedrückt, dass der Krieg in der Ukraine weltweit die Nahrungsmittelsicherheit gefährdet, da die Ukraine und Russland zu den global wichtigsten Exporteuren von Getreide und anderen Agrargütern gehören. Zu den Nebenfolgen existenzbedrohender Lebensmittelknappheit können verstärkte staatliche Instabilität in betroffenen Ländern und erhöhter Migrationsdruck zählen. Zusätzlich führt Chinas Nullcovidpolitik für anhaltende Unterbrüche in den internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten.

Russland: Entscheidungskrieg um die Ukraine

Die Ukraine befindet sich seit 20 Jahren im Visier von Präsident Putins strategischer Vision. Die Orangene Revolution von 2004 liess diesem eine prowestliche Perspektive der Ukraine als womöglich strahlkräftiges Gegenmodell zur russischen Autokratie erscheinen. 2014 eskalierte der russisch-ukrainische Konflikt mit der Annexion der Krim. Wie zu Sowjetzeiten soll die Ukraine fest in den russischen Machtbereich integriert werden. Präsident Putin ist dabei stark ideologisch getrieben: Er sieht den ukrainischen Staat als einen historischen Fehler und die ukrainische Nation als nichtexistent an; grosse Teile der Ukraine gelten ihm als historisch russisches Gebiet. Auch die geostrategische Lage der Ukraine ist ein Faktor: Russland will die Ukraine kontrollieren oder zumindest verhindern, dass diese sich seinem Einfluss entzieht und den westlichen Staaten annähert. Die Schwerindustrie im Osten des Landes ist zudem für Russland von wirtschaftlichem Interesse.

Präsident Putins ursprünglicher Plan einer Blitzoffensive mit drei Fronten scheiterte. Russland hat seine eigenen militärischen Fähigkeiten über- und die ukrainischen Kräfte und deren Verteidigungswillen unterschätzt. Es passte deshalb das militärische Vorgehen an. Nach rund einem Monat brach Russland den Vorstoss auf Kiew ab

Übersicht der Angriffsachsen und Gebietskontrollen im Krieg in der Ukraine

und konzentrierte seine Kräfte auf den Ausbau und die Kontrolle der territorialen Gewinne im Osten und Süden. Bei Redaktionsschluss war der Ausgang des Abnutzungskriegs in der Ukraine offen.

USA: Reparierte transatlantische Beziehungen und globale Führungsrolle

Auch wenn die Biden-Administration sich 2021 stark auf innenpolitische Themen konzentrieren musste, so gelang es ihr doch, sich aussen- und sicherheitspolitisch deutlich von der America-First-Politik Präsident Trumps zu distanzieren. Traditionelle Verbündete in Europa und Asien wurden wieder der amerikanischen Führungsrolle versichert. Unter der „Biden-Doktrin" wollen die USA der systemischen Herausforderung Chinas im Verbund weltweiter Demokratien entgegentreten. Der überhastete Abzug der USA aus Afghanistan führte zur einzigen grossen aussen- und sicherheitspolitischen Krise im ersten Amtsjahr. Der innenpolitische Schaden hielt sich jedoch in Grenzen, da ein Ende der „endlosen Kriege" im Mittleren Osten in Amerika über die Parteigrenzen hinweg seit Längerem grossmehrheitlich unterstützt wird. Das Engagement der USA im Nahen und Mittleren Osten wurde unter Präsident Joe Biden weiter reduziert, bleibt jedoch nicht zuletzt im Hinblick auf die anhaltenden Spannungen mit Iran erheblich.

Die USA verpflichteten sich 2021 zu einem weiterhin starken militärischen Engagement in Europa. Präsident Trumps Pläne eines massiven Abzugs amerikanischer Truppen aus Deutschland wurden storniert. Die konfrontativen Beziehungen zu Russland versuchte die Biden-Administration durch regelmässigen und hochrangigen Dialog zu stabilisieren, auch um dem strategischen Schwenk nach Asien mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Russlands aggressives Vorgehen gegen die Ukraine hat dies bereits 2021 verhindert.

Im Winter 2021/2022 hat die Biden-Administration im westlichen Umgang mit Russland die Führung übernommen, die zuvor Deutschland unter Bundeskanzlerin Angela Merkel innegehabt hatte. Letztlich scheiterten aber die Bemühungen der westlichen Staaten, Präsident Putin von einer Invasion der Ukraine abzuschrecken. Die USA reagierten in enger Koordination mit unter anderen der EU, Grossbritannien, Kanada und Japan mit massiven Sanktionen und Exportkontrollmassnahmen gegen Russland, mit intensivierter Militärhilfe an die Ukraine und mit Rückversicherungsmassnahmen gegenüber exponierten Nato-Staaten. Zudem leiteten die USA Lieferungen von verflüssigtem Erdgas (LNG) von Asien nach Europa um, sodass im Januar 2022 drei Viertel der amerikanischen LNG-Exporte nach Europa gingen. Damit erhielt Europa erstmals mehr amerikanisches LNG als russisches Gas.

Allerdings besteht 2022 nicht die Möglichkeit, in Europa weitgehend russisches durch amerikanisches Gas zu ersetzen, nicht zuletzt weil die LNG-Terminalkapazitäten in Europa zuvor ausgebaut werden müssen. Die EU strebt an, spätestens 2030 keine fossilen Energieträger mehr aus Russland einzuführen.

Ein direktes militärisches Eingreifen mit eigenen Truppen in den Krieg in der Ukraine haben die USA strikt ausgeschlossen. Die Republikaner tragen bisher zum grossen Teil die harte Russlandpolitik der demokratischen Administration mit – eine Ausnahme im sonst stark polarisierten Amerika.

USA: Alliierte und strategische Partner im Pazifik

China: Autokratie als fundamentale Herausforderung des Westens

Staatspräsident Xi Jinping will die Macht der Partei und Chinas Aufstieg zur wirtschaftlichen und technologischen Weltmacht um jeden Preis sichern. Obwohl in einigen Kreisen Unmut über den politischen Kurs Präsident Xis herrscht, unterbindet der Sicherheitsapparat jegliche Kritik an seiner Führung. Westliche Staaten reagieren zunehmend kämpferisch auf Präsident Xis autokratisches China. Sie versuchen sich aus wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu lösen, werten ihre Beziehungen zu Taiwan auf oder äussern klar Kritik an Chinas Verhalten in Hongkong, Tibet und Xinjiang. Die Besorgnis über den wachsenden globalen Einfluss Chinas breitet sich aus und nimmt durch Chinas wiederholte Betonung der Partnerschaft mit dem kriegführenden Russland weiter zu. Der beispiellose wirtschaftliche Aufstieg des Landes, den die Kommunistische Partei Chinas mit ihrem Modell der gelenkten Marktwirtschaft erfolgreich antreibt, der chinesische Umgang mit Menschenrechten und Chinas Unwille, den russischen Angriffskrieg zu verurteilen, stellen den bisherigen Umgang westlicher Staaten mit China fundamental in Frage.

Innenpolitisch hat Präsident Xi hochrangige Loyalisten in Schlüsselstellen eingesetzt und seine Macht über strategisch relevante Partei- und Staatsstrukturen ausgeweitet. Anzeichen möglicher Bruchstellen in Chinas Entwicklung drängen jedoch immer deutlicher an die Oberfläche. China kämpft mit historisch tiefem Bevölkerungswachstum und einer Überalterung der Gesellschaft. Mit sinkendem Wirtschaftswachstum steigt die Verschuldung. Liquiditätskrisen im chinesischen Immobiliensektor verdeutlichen strukturelle Mängel der chinesischen Wirtschaft. Die rigide Nullcovidpolitik sorgt für Unmut in der Bevölkerung und hemmt das Wachstum zusätzlich.

Im Hinblick auf territoriale Ansprüche zeigt sich China kompromisslos. Gegenüber Taiwan verstärkt es von Jahr zu Jahr seine militärische Drohkulisse; im Südchinesischen Meer tritt es mittlerweile weitgehend als regionale Vormacht auf. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte legt Präsident Xi grossen Wert auf deren Modernisierung. Bis zum Jahr 2049, wenn sich die Gründung der Volksrepublik zum hundertsten Mal jährt, soll sich die Volksbefreiungsarmee mit den besten Streitkräften der Welt messen können. Dazu werden die Fähigkeiten aller Teilstreitkräfte ausgebaut. So baut China zum Beispiel über 300 neue Silos, die nach Fertigstellung mit ballistischen Lenkwaffen interkontinentaler Reichweite bestückt werden können. Die chinesischen Seestreitkräfte verfügen mittlerweile über die zahlenmässig grösste Flotte der Welt. Neben Chinas wachsenden Kompetenzen im Bereich der Hochtechnologie sind es solche Entwicklungen, die Chinas Führungsanspruch in der Region zunehmend untermauern.

Afrika sowie Naher und Mittlerer Osten: Ein Gürtel der Instabilität

Afrika ist seit 2021 Schauplatz einer Welle politischer Umstürze, unter anderem in Mali, im Sudan, in Tschad, Guinea und Burkina Faso. Der bewaffnete Konflikt in Äthiopien gefährdet nicht nur die Einheit des Landes und die regionale Stabilität: Äthiopien spielt auch bei friedenserhaltenden Massnahmen in Ostafrika, insbesondere in Somalia, eine wesentliche Rolle. Damit zieht sich ein Gürtel der Instabilität über die gesamte Sahara und Sahelzone bis ans Horn von Afrika. Diese Instabilität wird verschärft durch den Aufstieg einer antiwestlichen Volksbewegung in der Sahelzone und den Abzug europäischer Streitkräfte aus Mali. Dabei spielen auch vermeintlich private Akteure wie die russische Wagner-Gruppe vor Ort eine wichtige Rolle.

Der durch eine schwache Wirtschaftslage, innere soziale Spannungen und ein labiles sicherheitspolitisches Umfeld geschürte Instabilitätsgürtel zieht sich weiter über Syrien bis nach Afghanistan. Die allermeisten Staaten versuchen, im Konflikt zwischen Russland und den westlichen Staaten einen pragmatischen, primär auf Interessen basierten Ansatz zu wählen, wobei auch komplexe historische Bindungen eine Rolle spielen. Auf eine automatische Solidarisierung mit den westlichen Staaten kann nicht gezählt werden. Westliche Staaten haben auf Staaten in der Region Druck ausgeübt, sich von Russland zu distanzieren. Die USA und Italien haben ferner Algerien gebeten, Gasexporte nach Europa zu erhöhen. Israel und die Türkiye versuchen, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Russland hält zurzeit seine Militärpräsenz in der Region aufrecht, trotz klarer Priorität des Kriegs in der Ukraine. Vorderhand funktionieren auch Deconflicting-Mechanismen wie zum Beispiel mit Israel im Syrienkrieg weiter.

Was erwartet der NDB?

Europa: Ein neues Zeitalter beginnt

Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben zuvor bestehende globale strategische Trends beschleunigt und verstärkt. Der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China wird das prägende Element der internationalen Beziehungen bleiben. Dabei werden die USA versuchen, trotz der aktuellen Konfrontation mit Russland weiterhin so weit wie möglich auf China zu fokussieren, das als einziger annähernd gleichwertiger Rivale wahrgenommen wird. Die Welt teilt sich immer mehr in zwei Lager, wobei sich die westlich-freiheitliche Welt unter Führung der USA und mit einer sicherheitspolitisch erstarkenden EU und die Autokratien China und Russland gegenüberstehen. Westliche Hoffnungen, dass Handelsbeziehungen in einer globalisierten Welt militärische Konfrontationen verhindern, haben sich nicht erfüllt.

Bereits die Pandemie hat den westlichen Staaten ihre Abhängigkeit von Importen aus China und die entsprechende Verwundbarkeit bewusstgemacht und ein selektives „Entkoppeln“ der beiden Wirtschaftssphären aus sicherheitspolitischen Gründen eingeleitet. Die massiven amerikanischen Sanktionen gegen Russland, die mit den westlichen Partnern der USA eng abgestimmt wurden, führen auch zu einem Entkoppeln der westlichen und der russischen Wirtschaft. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden sich abgrenzenden Sphären werden insbesondere im Technologiebereich erheblich reduziert werden, wenn auch bei Weitem nicht auf das

Niveau zwischen Ost und West im Kalten Krieg. Dafür wird der interne Austausch in den sich zunehmend integrierenden Lagern der westlich-freiheitlichen Welt und des chinesisch-russischen Blocks tendenziell zunehmen.

Diese Herausbildung von zwei relativ eigenständigen Lagern mit unterschiedlicher Technologie und unterschiedlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Normen ist für die neutrale Schweiz eine Herausforderung.

In Europa zeichnet sich 2022 eine sicherheitspolitische Neuaufstellung ab: Schweden und Finnland wollen den Nato-Beitritt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, wollen mehr strategische Verantwortung übernehmen und sind bereit, dafür die Verteidigungshaushalte massiv zu vergrössern und verstärkt koordiniert zu agieren.

Russland: Regimeerhalt um jeden Preis

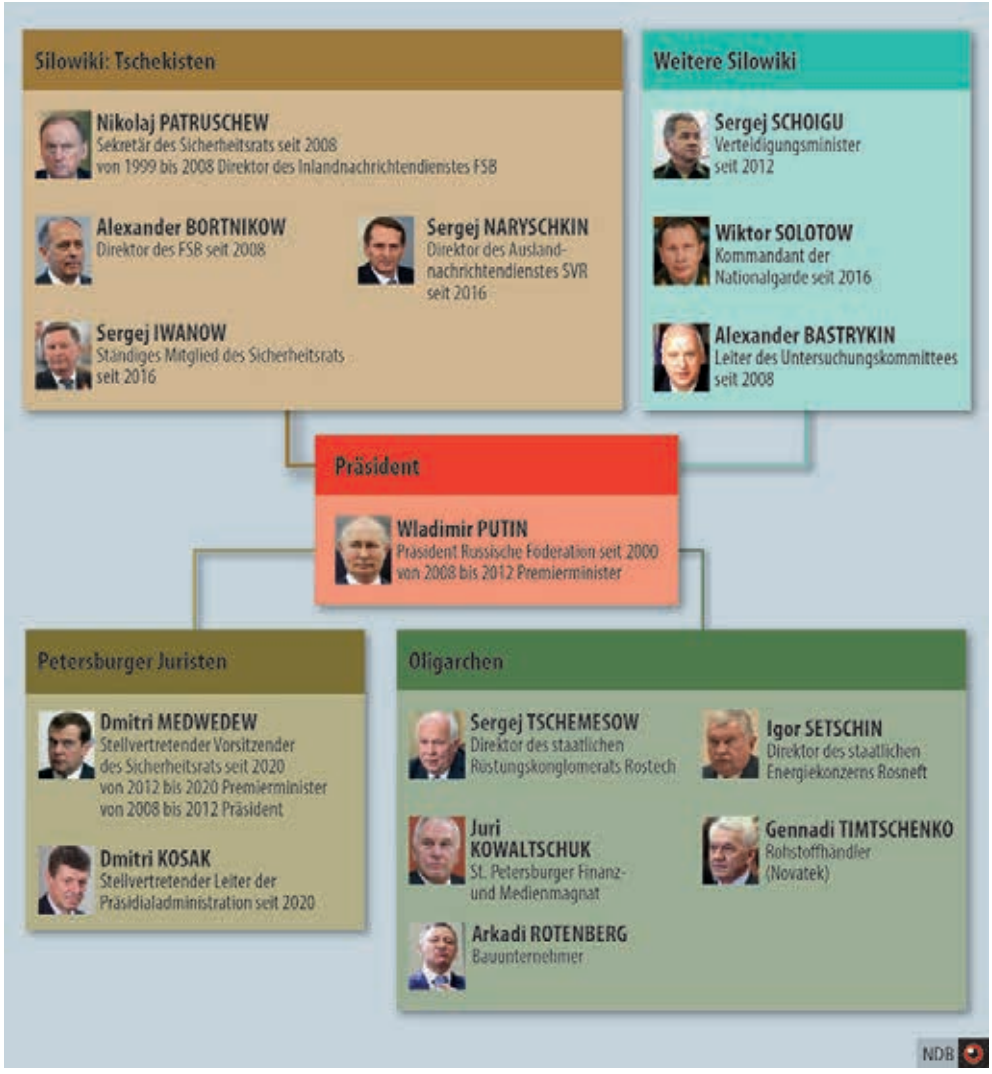
Russland zielt mit konkreten Schritten darauf ab, die Sicherheitsordnung in Europa in seinem Interesse neu zu gestalten: die Nato aus Osteuropa zu vertreiben, russische Einflusszonen zu sichern und Pufferzonen zu etablieren. Präsident Putin geht es aber vor allem darum, sich an der Macht zu halten. Infolge der Invasion in der Ukraine ist Russland wirtschaftlich und politisch stark isoliert worden. Im Innern reagierte das Putin-Regime mit weiteren Schritten in Richtung eines totalitären Staats; gegen aussen droht eine Verschärfung des aggressiven, revisionistischen Kurses. Der Grossteil der russischen Macht- und Wirtschaftselite trug Präsident Putins Krieg in der Ukraine in den Wochen und Monaten nach Beginn der Invasion mit.

Die westlichen Sanktionen bedeuten eine wirtschaftliche, technologische und politische Isolation Russlands. Die russische Zentralbank kann nur noch auf rund ein Drittel ihrer Devisen- und Goldreserven im Wert von 650 Milliarden Dollar zugreifen, weil der Rest im westlich-freiheitlichen Ausland eingefroren worden ist. Das russische Bruttoinlandprodukt wird 2022 möglicherweise im zweistelligen Prozentbereich einbrechen. Russland steht damit eine Rezession oder Depression bevor. Die Gazprombank wurde bislang nicht aus dem Swift-System ausgeschlossen. Die Sanktionen entfalteten noch keine regimegefährdende Wirkung.

Die Unterstützung der breiten Bevölkerung wird sich Präsident Putin dank Propaganda und Zensur sowie einem gezielt aufgebauten, loyalen Repressionsapparat sichern können, mit dem auch Proteste in Städten rasch gewaltsam unterdrückt werden. Ein Meinungsumschwung in der russischen Elite und Bevölkerung gegen den Krieg in der Ukraine ist eher unwahrscheinlich, ebenso die Abkehr der russischen Sicherheitsorgane vom Putin-Regime.

Dennoch ist der Kriegsverlauf für das Putin-Regime alles andere als ermutigend. Das ursprüngliche politische Ziel, die Ukraine ins russische Imperium zurückzuholen, ist durch den Krieg längst ausser Reichweite geraten. Der Krieg wird das Feindbild Russland für Generationen von Ukrainerinnen und Ukrainern verfestigen und hat der ukrainischen nationalen Identität Schub verliehen. Die militärische Lage scheint es momentan weder dem russischen noch dem ukrainischen Präsidenten zu erlauben, die jeweiligen Maximalziele zu erreichen.

Russland: Einflussgruppen im Machtapparat



USA: Einheit der Freien Welt gegen China und Russland

Für die USA bleibt China der prinzipielle strategische Herausforderer. Die Biden-Administration hält am Schwenk nach Asien fest, auch wenn die Stärkung der Nato-Ostflanke zunächst mehr Mittel in Europa binden wird, als noch Anfang 2021 geplant. Es bleibt jedoch ungewiss, ob künftige Administrationen an der traditionell dominanten Rolle der USA bei der Verteidigung Europas festhalten werden. Entsprechende Unsicherheiten sind weiterhin in Betracht zu ziehen.

Das Risiko eines direkten militärischen Konflikts zwischen der Nato und Russland ist grösser geworden, etwa ausgelöst durch unbeabsichtigte militärische Zwischenfälle. Auch das Risiko einer nuklearen Eskalation ist gestiegen – auch wenn der NDB den Einsatz russischer Nuklearwaffen gegen westliche Staaten nach wie vor für äusserst unwahrscheinlich hält, da dies wohl nur im Fall einer von der russischen Führung als existenziell wahrgenommenen Bedrohung infrage käme.

Die Nato hat bereits reagiert und die Militärplaner angewiesen, das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der Allianz an die neue Situation anzupassen. Beruhte die militärische Nato-Strategie seit 2014 auf einer Kombination von Vorwärtspräsenz, Kapazitäten zur raschen Verlegung und Follow-on-Kräften (nach längerer Mobilisierungsphase), also auf einer Abschreckung durch Bestrafung, so dürfte die Nato künftig russische Aggressionen an der Ostflanke mit einer Verweigerungsstrategie abschrecken, das heisst mit substanziellen Vornestationierungen an der Nato-Ostflanke wie im Kalten Krieg.

Die erhöhte Militärpräsenz der USA und anderer westlicher Staaten an der Ostflanke markiert den Beginn eines signifikant glaubwürdigeren Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der Nato. Die europäischen Staaten scheinen zudem verstärkt zu einem Ausgleich der transatlantischen Lasten bereit: Deutschland und Italien haben sich verpflichtet, zwei Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Verteidigung auszugeben, Polen sogar drei Prozent. Andere Nato-Mitglieder wie Belgien, Dänemark, Griechenland oder Rumänien haben ebenfalls substanzielle Erhöhungen ihrer Verteidigungsausgaben angekündigt.

Während die USA Russland in Europa vor allem durch das Verteidigungsbündnis Nato abschrecken wollen, setzen sie im indopazifischen Raum gegenüber China primär auf bilaterale Allianzen und Partnerschaften. Ergänzt wird dieses Netzwerk insbesondere durch die trilaterale Sicherheitspartnerschaft der USA mit Australien und Grossbritannien (Aukus) sowie durch den Quadrilateralen Sicherheitsdialog der USA mit Australien, Japan und Indien, in dessen Rahmen die vier Partner ihre Position gegenüber China mit einer breitangelegten, im Wesentlichen nichtmili-

tärischen Kooperation stärken wollen. Während das allianzfreie Indien gegenüber China den strategischen Rückhalt durch die USA sucht, zeigt es sich bis anhin nicht bereit, die harte Linie der USA gegenüber Russland zu unterstützen. Wie Indien versucht zudem auch die ambitionierte Regionalmacht Türkiye sich der Blocklogik zu entziehen: Zwar hat das Nato-Mitglied den russischen Krieg in der Ukraine verurteilt, es trägt die westlichen Sanktionen gegen Russland aber nicht mit und blockiert vorderhand den von Finnland und Schweden angestrebten Nato-Beitritt. Zudem versucht die Türkiye zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln.

Die momentan grösste geopolitische Unbekannte ist der Grad an Unterstützung, den China Russland gewähren wird. Denn sollte China Russland helfen, die westlichen Sanktionen in grossem Stil zu umgehen, dürften die USA den Druck auf ihre europäischen Verbündeten erhöhen, in der Folge auch China zu sanktionieren. Europa, insbesondere Deutschland, hängt aber stärker vom Handel mit China ab als die USA. China unterstützt jedoch die von Russland in der Ukraine verletzten Prinzipien territorialer Integrität und nationaler Souveränität. Zudem wollen sowohl China wie auch die westlichen Staaten einen Bruch vermeiden, weil dies auf beiden Seiten zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen würde.

Gleichwohl hat der Krieg in der Ukraine aus Sicht der USA zu einer verstärkten Notwendigkeit einer gleichzeitigen Eindämmung Chinas und Russlands geführt. Sie werden dabei 2022 von europäischen und globalen Partnern stärker unterstützt als zuvor. Zumindest kurzfristig haben Pandemie und Krieg in der Ukraine das von den USA angeführte westlich-freiheitliche Lager geeint und in der strategischen Rivalität mit China gestärkt. Vor allem im Technologiebereich führen Exportkontrollen, Sanktionen und Investitionsüberwachung in einzelnen, strategisch wichtigen Bereichen wie zum Beispiel der Künstlichen Intelligenz und der Quantentechnologien immer mehr zur Ausbildung von zwei Technologiesphären.

China: Heikler Pakt mit isoliertem Russland

Staats- und Parteichef Xi Jinping dürfte auf dem 20. Parteikongress Ende 2022 und dem darauffolgenden Volkskongress seine Amtszeit über das übliche Jahrzehnt hinaus verlängern. Die Partei stellt Präsident Xi als einzige Führungspersönlichkeit dar, die China in den aktuell krisengeprägten Zeiten zum Supermachtstatus führen kann. Der Kongress wird die einflussreichsten Parteigremien neu besetzen. Präsident

Xi wird diese Möglichkeit nutzen, um Loyalisten zu fördern und neue politische Akzente zu setzen.

Die Tatsache, dass China die russische Invasion der Ukraine nicht verurteilt, wird in westlichen Staaten die Stimmung gegenüber der Volksrepublik verhärten und jenen politischen Kräften Auftrieb geben, die auf eine konfrontativere Gangart gegenüber China drängen. Damit wird sich die ideologische Ausrichtung Chinas zu einem immer zentraleren Spannungsfeld in den engen Handelsbeziehungen zwischen westlichen Staaten und China entwickeln. Nach aussen wird sich China weiterhin als neutraler Beobachter des Kriegs in der Ukraine präsentieren, der sich für Frieden einsetzt und aus taktischen Überlegungen punktuell den Schulterschluss mit Russland ein wenig lockert. Gegen innen wird die Kommunistische Partei Chinas an prorussischer Rhetorik und Propaganda festhalten; sie wird den USA und der Nato die vollständige Verantwortung für den Krieg zuschreiben. Damit wird sich die Systemkonkurrenz mit den USA und westlichen Staaten weiter intensivieren und die Aussichten auf eine funktionierende Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen werden gedämpft. Eine Abwendung Chinas von Russland ist unwahrscheinlich – auch wegen der Aussicht auf günstige Rohstoffe. Für China bleiben die USA die wesentlichste externe Herausforderung. Exponenten der chinesischen Führung

China: Territorialansprüche

nehmen die indopazifische Strategie der USA als ebenso gefährlich wie die Nato-Strategie der Osterweiterung in Europa wahr. Eine Auflösung der strategischen Partnerschaft mit Russland würde die Konfliktfelder mit den USA weder aufheben noch abschwächen.

Hinsichtlich seiner territorialen Ansprüche hat China einen langen Atem: Das Vorgehen im Südchinesischen Meer zeigt exemplarisch, wie China zielsicher seinen Willen durchzusetzen und dabei stets unterhalb der Eskalationsschwelle zu einem bewaffneten Konflikt zu bleiben vermag. Diese Strategie wird China auch in anderen Konflikten verfolgen. Die chinesischen Streitkräfte werden im Zug ihrer kontinuierlichen Reform und Modernisierung zunehmend selbstbewusst auftreten und punktuell auch in grösserer Entfernung vom chinesischen Festland für aussen- und sicherheitspolitische Zwecke eingesetzt werden. Militärische Konfrontationen wird China aber auch weiterhin zu vermeiden suchen. Der Druck Chinas auf Taiwan nimmt weiter zu; nebst einem Ausbau der militärischen Drohkulisse setzt China aber primär auf wirtschaftliche und diplomatische Mittel. Eine erfolgreiche militärische Invasion der Insel bleibt vorerst – auch angesichts des Verlaufs des russischen Einmarschs in der Ukraine – noch eine zu grosse Herausforderung für die Volksbefreiungsarmee.

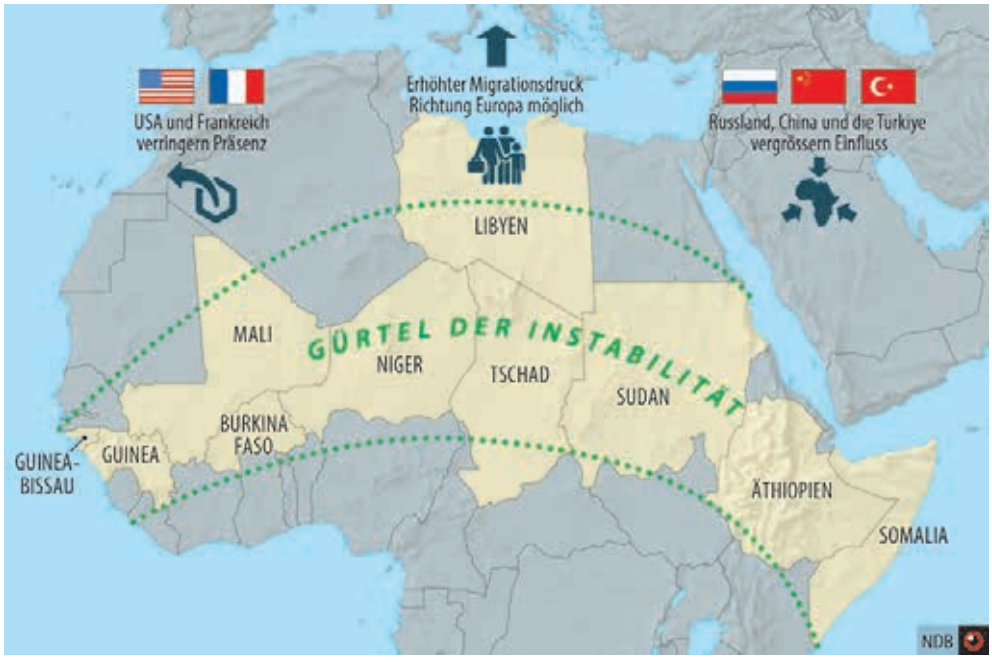
Afrika sowie Naher und Mittlerer Osten: Migrationsdruck und steigende Brot- und Benzinpreise

Das Scheitern politischer Übergangsprozesse in Afrika könnte zu erhöhtem Migrationsdruck Richtung Europa führen. Auf globaler Ebene könnte dieselbe Dynamik Gross- und Regionalmächten wie Russland, China, der Türkiye und Saudi-Arabien den Weg ebnen, ihren Einfluss in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten weiter zu verstärken. Gleichzeitig verringern die USA und Frankreich ihre Präsenz in diesen Regionen. Die westlichen Staaten werden 2022 und darüber hinaus stark von der russischen Aggression in Europa absorbiert sein – wohingegen regionale Krisen wie der Konflikt im Nahen Osten oder im Sahel, die humanitäre Lage in Afghanistan, Syrien und im Jemen, die Finanz- und Wirtschaftskrise im Libanon und die drohende Hungersnot am Horn von Afrika noch weniger internationale Aufmerksamkeit erhalten werden.

Einige Staaten des Nahen und Mittleren Ostens werden ihr bereits vor dem Krieg gesetztes Ziel weiterverfolgen, unilaterale Abhängigkeit zu vermeiden. Der Krieg in der Ukraine hat zu teils drastischen Preiserhöhungen von Lebensmitteln und Benzin geführt. Zahlreiche Staaten in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten sind stark abhängig von Weizen- und Energieimporten aus der Ukraine und Russland, manche

zu 80 bis 90 Prozent. Auch wenn Weizenimporte aus Russland bisher keinen westlichen Sanktionen unterliegen, so ist es für Importeure schwierig geworden, Weizen aus Russland zu erwerben, weil finanzielle Transaktionen an russische Firmen komplizierter geworden sind und viele Reedereien Russland boykottieren.

Libanon, Syrien, die palästinensischen Autonomiegebiete, Jordanien, Jemen und Tunesien leiden auch wirtschaftlich aufgrund der Preisanstiege für Öl und Gas. Dies könnte in der Region zu sozialen Unruhen, verstärkter staatlicher Instabilität und zusätzlichen Konflikten führen. Öl- und gasexportierende Staaten profitieren hingegen von höheren Preisen.



Dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus

Was sieht der NDB?

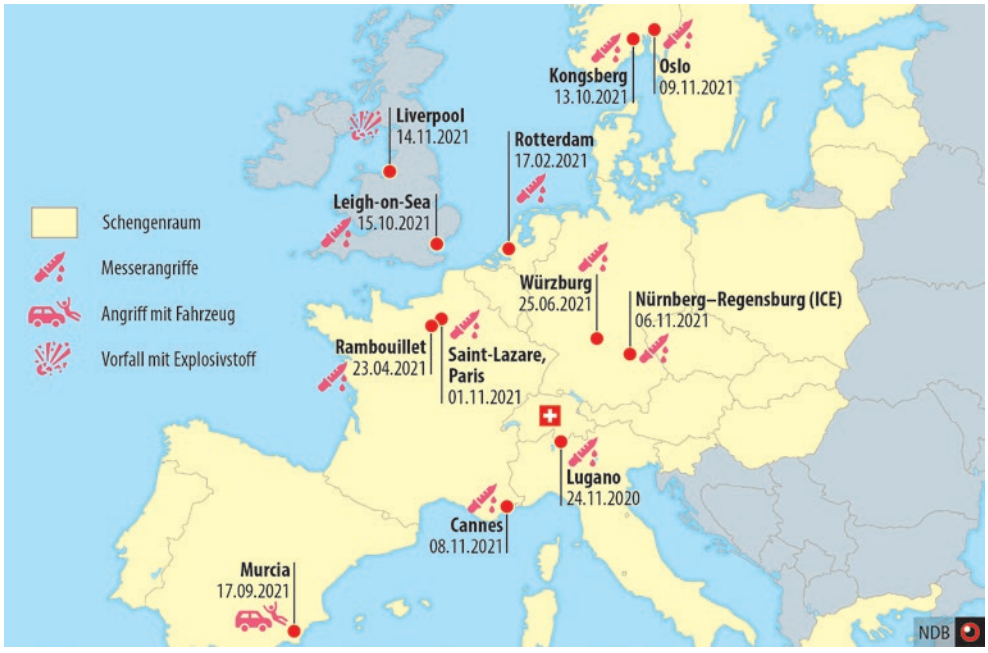
Erhöhte Terrorbedrohung

Seit dem Anschlag in Wien am 2. November 2020 wurde europaweit kein Terroranschlag mehr verübt, der eindeutig einen Bezug zu einer dschihadistischen Organisation aufwies. Die Qualität der als islamistisch bezeichneten Gewaltakte hat sich zudem seither deutlich verändert. So waren zwölf mit einfachsten Mitteln ausgeführte Gewaltakte zu verzeichnen, grossmehrheitlich Messerangriffe.

Der NDB beurteilt die Terrorbedrohung für die Schweiz als erhöht. Die Bedrohung wird primär von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Personen, die von dschihadistischer Propaganda inspiriert werden. Der „Islamische Staat" und die al-Qaida sind die wichtigsten Exponenten der dschihadistischen Bewegung in Europa und damit auch für die Terrorbedrohung der Schweiz massgeblich.

- Die Kernorganisation des „Islamischen Staats" im Irak und in Syrien hat sich nach dem Verlust der letzten Territorien im Frühjahr 2019 erfolgreich als Untergrundbewegung reorganisiert und konsolidiert. Sie verfolgt weiterhin eine internationale Agenda, wobei sie sich zunehmend opportunistisch verhält. Sowohl die Kernorganisation im Nahen Osten als auch ihre weltweit affiliierten Regionalgruppierungen sind aber kaum mehr in der Lage, Anschläge in Europa eigenständig zu planen und zu verüben.

Anschläge in Europa (Schengenraum und Grossbritannien) seit 2021



- Die latente Bedrohung durch die al-Qaida bleibt bestehen. Diese hegt nach wie vor die Absicht, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben. Sie dürfte von der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan profitieren und könnte sich regenerieren. Dies würde sich aus ihrer Sicht positiv auf die Kooperation mit Ablegern und assoziierten Gruppen auswirken. Denn obwohl diese den weltweiten Dschihad propagieren, fokussieren sie sich noch auf ihre regionalen Agenden. Sie haben in ihren Hauptoperationsgebieten immer noch grossen Einfluss.

Terroristische Akteure könnten aus Opportunität ein Schweizer Ziel hierzulande oder im Ausland oder ausländische Interessen in der Schweiz angreifen. Das wahrscheinlichste Terrorszenario für die Schweiz ist derzeit ein Gewaltakt, der von einem dschihadistisch inspirierten Einzeltäter mit einfachstem Modus operandi verübt wird. Der Krieg in der Ukraine hatte bisher keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Terrorbedrohung in Europa und der Schweiz.

Zahlreiche Haftentlassungen radikalisierter Häftlinge

In europäischen Gefängnissen befinden sich Hunderte Dschihadisten und Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben. Haftentlassene können weiter dschihadistischem Gedankengut anhängen und nach ihrer Entlassung aus dem Strafvollzug Terroraktivitäten unterstützen oder selbst ausführen. Auch in der Schweiz gibt es im Zusammenhang mit Terrorismus verurteilte Häftlinge und Fälle von Radikalisierung im Gefängnis. Der NDB schult und sensibilisiert das Personal in Haftanstalten, damit dieses mögliche Radikalisierungen frühzeitig erkennen, einschätzen und geeignete Massnahmen treffen kann.

Bedrohung durch Dschihadrückkehrer

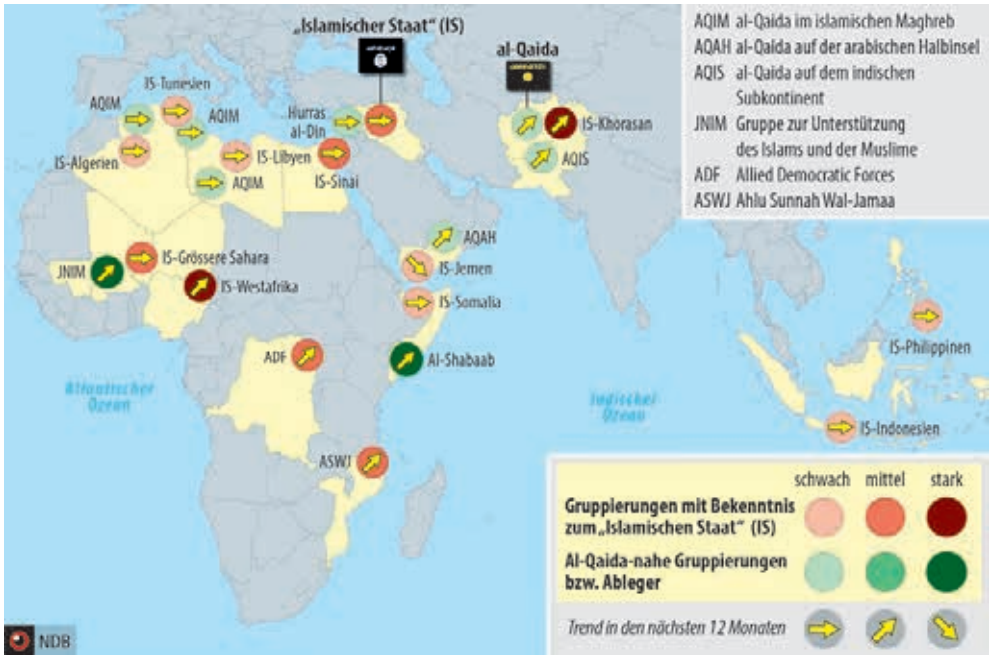
Hunderte von dschihadistisch motivierten Reisenden aus Europa befinden sich nach wie vor im Konfliktgebiet Syrien und Irak, die Mehrheit in von kurdischen Streitkräften kontrollierten Gefängnissen oder Lagern im Nordosten Syriens. Darunter befinden sich mehrere Personen aus der Schweiz. Die Lage in den Gefängnissen und Lagern ist prekär und instabil. Rückkehrer aus Dschihadgebieten stellen eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz dar. Das grösste Risiko dabei ist, dass sie Drittpersonen in ihrem Umfeld beeinflussen und zu Gewaltakten inspirieren könnten.

Viele europäische Staaten haben dschihadistisch motivierte Personen – fast ausschliesslich Frauen und Kinder – aus Syrien zurückgeführt und tun dies weiter. Die Schweiz hat im Dezember 2021 zwei Mädchen aus einem Lager im Nordosten Syriens repatriiert. Es war dies die erste solche Repatriierung der Schweiz. Sie stand im Einklang mit dem Entscheid des Bundesrats vom März 2019, im Interesse des Kindswohls nach entsprechender Prüfung Minderjährige allenfalls zurückzuholen. 2021 haben einzig Kosovo und Nordmazedonien auch Männer direkt aus syrischen Gefängnissen repatriiert. Dabei dürfte es sich mehrheitlich um Kämpfer des „Islamischen Staats" handeln. Angesichts der grossen Diasporagemeinschaft in der Schweiz und deren enger Vernetzung in den Westbalkan stellen solche Repatriierungen auch ein Risiko für die Schweiz dar.

Die vielen Gesichter des dschihadistischen Terrorismus in Afrika

Die Verbindung afrikanischer dschihadistischer Gruppierungen zu ihrer jeweiligen Kernorganisation, dem „Islamischen Staat" oder der al-Qaida, besteht primär auf propagandistischer und strategischer Ebene. Die regionalen Ableger weisen einen lokalen oder regionalen Charakter auf. Die Entwicklung der Bedrohung variiert von

Relative Stärke der mit dem „Islamischen Staat" oder der al-Qaida verbundenen terroristischen Gruppierungen weltweit



Region zu Region: Während dschihadistische Gruppierungen in West-, Zentral- und Ostafrika auf dem Vormarsch sind, ist die Terrorbedrohung in Nordafrika zurückgegangen und stagniert. Trotz ihrer primär regionalen Agenda sind diese Gruppierungen gewillt, bei Gelegenheit Anschläge auf westliche Ziele in der Region zu verüben oder Angehörige westlicher Staaten zu entführen.

Doppelstrategie der PKK

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist in Europa seit Jahrzehnten professionell organisiert und verfolgt mit ihrer Parallelstruktur langfristig eine Doppelstrategie: Nebst einem sichtbaren, legalen und politischen Arm mit örtlichen Kulturvereinen und zahlreichen Unterorganisationen verfügt sie über ein verdeckt und teils illegal agierendes, gut verankertes und organisiertes Kader. Die PKK indoktriniert junge Angehörige und rekrutiert gezielt einzelne als künftige Kaderangehörige in Europa und für den Fronteinsatz in den Kurdengebieten. Deren Eltern wehren sich gelegentlich dagegen, selbst wenn sie der PKK nahestehen.

Libanesische Hisbollah

In Ländern mit einer grösseren schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft fördert die libanesische Hisbollah mit kulturellen und religiösen Aktivitäten den Zusammenhalt in dieser Gemeinschaft. Das Ausmass der von der Hisbollah ausgehenden Bedrohung hängt in erster Linie von der Lage im Nahen und Mittleren Osten ab. Die Hisbollah will bereit sein, wenn die militärisch-politische Entwicklung in der Region aus ihrer Sicht Handlungen erfordert. Dies betrifft vor allem die Konfrontation der Hisbollah und ihres Verbündeten Iran mit ihren jeweiligen Feinden.

Was erwartet der NDB?

Diffusere Terrorbedrohung

Nach Beurteilung des NDB wird die Terrorbedrohung diffuser, weil sie zunehmend von autonom agierenden Personen ausgeht, die keinen direkten Bezug zum „Islamischen Staat“ oder zur al-Qaida aufweisen. Die grösste Bedrohung geht auch 2022 in erster Linie von dschihadistisch inspirierten Einzeltätern aus, die spontan Gewaltakte mit geringem organisatorischem und logistischem Aufwand verüben. Als wahrscheinlichste Aktionen kommen dabei weiterhin Anschläge auf weiche Ziele wie zum Beispiel Verkehrseinrichtungen oder Menschenansammlungen in Frage. Das Motiv der Täterschaft wird nicht mehr in jedem Fall eindeutig zu eruieren sein, weil trotz islamistischer Inspiration zunehmend eher psychische oder andere persönliche Probleme dazu führen, dass ein Gewaltakt verübt wird.

Sowohl die Kernorganisation des „Islamischen Staats“ im Irak und in Syrien als auch ihre weltweit affiliierten Regionalgruppierungen sind kaum mehr in der Lage, Anschläge in Europa eigenständig zu planen und zu verüben. Für Europa stellt der „Islamische Staat“ insofern weiter eine Bedrohung dar, als die online verbreitete Propaganda nach wie vor Personen in Europa zu Gewaltakten zu inspirieren vermag. Zudem besteht weiterhin das Risiko, dass ehemalige Kämpfer des „Islamischen Staats“ in Europa auftauchen. Die latente Bedrohung durch die al-Qaida bleibt bestehen. Diese hegt weiterhin die Absicht, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben. Ihre Ableger und die mit ihr assoziierten Gruppen stellen nach wie vor eine Bedrohung dar, indem sie bei sich bietender Gelegenheit in ihren Hauptoperationsgebieten gewillt sind, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben oder Angehörige westlicher Staaten zu entführen. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen werden nach Einschätzung des NDB mittelfristig nicht zu einer Erhöhung der Terrorbedrohung in Europa beziehungsweise der Schweiz führen.

Umgang mit Dschihadrückkehrern

Unkontrollierte Rückreisen dschihadistisch motivierter Reisender mit Schweizer Staatsangehörigkeit aus dem Konfliktgebiet in Syrien bleiben zwar möglich, sind angesichts der effizienten Zusammenarbeit der internationalen Sicherheitsbehörden aber eher unwahrscheinlich.

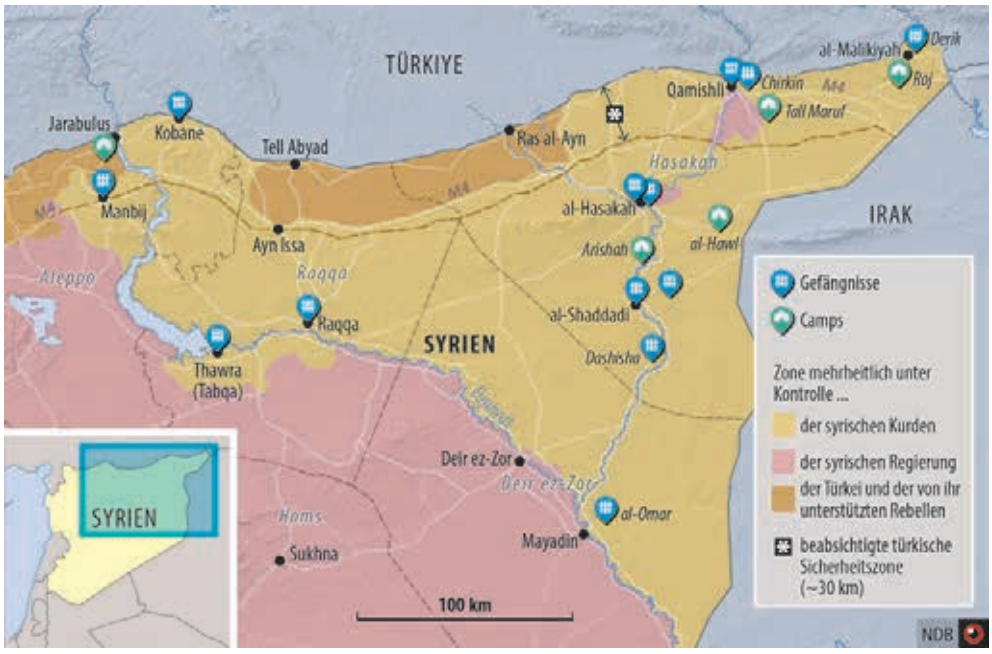
Obwohl es sich nur um eine geringe Anzahl möglicherweise zurückkehrender Personen handelt, wird die Feststellung allfälliger Straftaten und deren juristische Beurteilung die Strafverfolgungsbehörden vor Herausforderungen stellen. Die Reintegration in die Gesellschaft wird viel Zeit in Anspruch nehmen, mit ungewissem Ausgang. Einzelne Rückkehrerinnen oder Rückkehrer könnten der dschihadistischen

Ideologie treu bleiben und ihr Umfeld negativ beeinflussen oder zu terroristischen Aktivitäten inspirieren.

Entwicklung in der islamistischen Szene in der Schweiz

Obwohl die islamistische Szene in der Schweiz weiterhin heterogen und wenig organisiert ist, kann aus ihr langfristig eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz hervorgehen. So könnte eine Minderheit in der islamistischen Szene in der Schweiz finanzielle und logistische Unterstützung für gewalttätige islamistische Akteure leisten. Einzelne radikalisierte Häftlinge könnten sich nach ihrer Entlassung wieder in ihrem angestammten Umfeld in der islamistischen Szene bewegen und ihre Gesinnung verbreiten. Der Konsum und die Verbreitung dschihadistischer Inhalte im Internet halten an und ermöglichen die Entstehung und Pflege kleiner Sympathisantengruppen, auch über die Landesgrenzen hinweg. Dabei können sich einzelne Mitglieder, gerade sozial isolierte und psychisch instabile Personen, radikalisieren und zur Anwendung von Gewalt inspirieren lassen. Zudem können in der islamistischen Szene Anschläge auf muslimische Einrichtungen und die tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierung von Muslimen mobilisieren.

Nordostsyrien: Gefängnisse und Lager, in denen Kämpfer und Anhänger des „Islamischen Staats" sowie ihre Familienangehörigen untergebracht sind.



Denn die muslimische – wie auch die jüdische – Gemeinschaft bleiben weiteren Risiken ausgesetzt, etwa Angriffen gewalttätiger Rechtsextremisten.

Keine Strategieänderung der PKK

Mittelfristig ist nicht mit einem Wandel der PKK in Europa zu rechnen, auch nicht bei Lageveränderungen zum Beispiel durch türkische Militäroperationen im Südosten der Türkiye, in Nordsyrien und im Nordirak. Sie wird ihre verdeckten Aktivitäten wie Indoktrinierung, Rekrutierung und Propaganda weiterführen und auch künftig Geld sammeln. Die PKK hält in Anbetracht ihres Ziels, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden, grundsätzlich am Gewaltverzicht in Europa fest. Aussergewöhnliche Ereignisse etwa mit Bezug zum inhaftierten Gründer Abdullah Öcalan könnten trotzdem zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen führen.

Intaktes Netzwerk der Hisbollah

In der Schweiz dürften rund hundert Personen die Hisbollah aktiv unterstützen. Selbst wenn es im Nahen und Mittleren Osten zu keinen bedeutenden Lageveränderungen kommt, bleibt die Hisbollah gewillt, ihre Vorbereitung fortzusetzen, um bereit zu sein, ihre Feinde bei Bedarf asymmetrisch zu treffen. Dazu gehört, Sprengstoffvorräte anzulegen, Waffen zu beschaffen und potenzielle Ziele aufzuklären. Derzeit gibt es allerdings keine Hinweise hierauf oder auf Anschlagsplanungen der Hisbollah in der Schweiz.

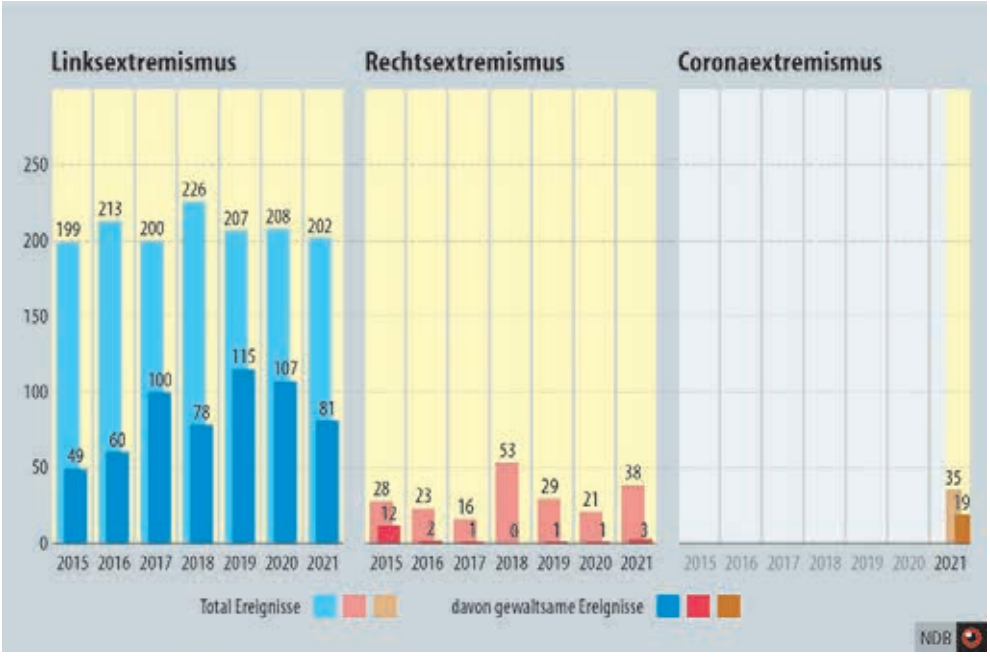
Gewalttätiger Extremismus

Was sieht der NDB?

Ereignisse und Gewaltpotenzial

2021 hat der NDB 202 Ereignisse im Bereich gewalttätiger Links- und 38 im Bereich gewalttätiger Rechtsextremismus beobachtet. Seit Juni 2021 bearbeitet der NDB den gewalttätigen Coronaextremismus und stellte seitdem 35 Ereignisse fest. Während beim Rechtsextremismus die Anzahl sich gegenüber 2020 erhöht hat, blieb sie beim Linksextremismus auf hohem Niveau stabil. Die Anzahl Gewalttaten belief sich beim Linksextremismus auf 81, beim Rechtsextremismus stieg die Anzahl mit Gewalt verbundener Ereignisse auf 3 und beim Coronaextremismus waren es 19. Alle drei Szenen haben ein markantes Bedrohungspotenzial. Die links- und die coronaextremistische Szene setzen zudem regelmässig Gewalt ein.

Dem NDB gemeldete gewaltextremistisch motivierte Ereignisse seit 2015
(ohne Schmierereien)



Rechtsextremismus

Die gewalttätig-rechtsextremistisch motivierten Aktivitäten 2021 fanden insbesondere in Form von Demonstrationen, Treffen, kleineren Konzerten, Ausflügen und Plakataktionen statt. Die meisten dieser Aktivitäten verliefen gewaltlos; bei zwei der drei gewaltsamen Vorfälle sollen die Beteiligten aus der gewalttätig-rechtsextremistischen Szene Gewalt eingesetzt haben, um einen Angriff abzuwehren.

Linksextremismus

Themen der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten waren insbesondere der Antikapitalismus, der Antifaschismus und die kurdische Sache. Die Handlungsweise der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten ist derjenigen ähnlich geblieben, die in den vergangenen Jahren zu beobachten war. So veranstaltet die Szene Demonstrationen, verübt Sachbeschädigungen (zum Beispiel Farbanschläge oder das Einschlagen von Scheiben) und Brandstiftung. Sie setzt auch unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen und körperliche Gewalt ein. Ziel physischer Angriffe waren insbesondere als rechtsextremistisch wahrgenommene Personen oder anlässlich von Demonstrationen die Sicherheitskräfte.

Gewalttätige antifaschistische Kundgebung; Basel, Januar 2021

Monothematischer Extremismus

Die Bedrohung durch den gewalttätigen monothematischen Extremismus hat im Jahr 2021 zugenommen, insbesondere durch den gewalttätigen Coronaextremismus. Gewalttätige Coronaextremistinnen und -extremisten halten sämtliche behördlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie für unrechtmässig und bekämpfen diese weiterhin, obwohl sie mittlerweile in der Schweiz mit der Rückkehr in die normale Lage gemäss Epidemiengesetz aufgehoben wurden. Innerhalb der Szene gibt es unterschiedliche Gründe für diese Ablehnung: Während einige Personen die Existenz des Virus gänzlich in Frage stellen, gehen andere davon aus, dass die Pandemie geplant wurde. Andere sind lediglich der Ansicht, dass die Massnahmen schädlicher sind als die Pandemie an sich und deshalb gestoppt werden müssen. Innerhalb der Szene kursiert zudem eine Vielzahl unterschiedlicher Verschwörungstheorien, die ins jeweilige Narrativ eingebunden werden. Einig ist sich die Szene darin, dass der Bundesrat zu viel Macht und sich die Schweiz zu einer Diktatur entwickelt hat, die zerstört werden muss. Die gewalttätigen Coronaextremistinnen und -extremisten sehen sich als Widerstandskämpfer gegen diese Diktatur und glauben oft, dass Gewalt die einzige Möglichkeit sei, wieder in die Normalität zurückzukehren. Sie können weder dem gewalttätigen Links- noch dem gewalttätigen Rechtsextremismus zugeordnet werden.

Was erwartet der NDB?

Rechtsextremismus

Das Gewaltpotenzial der gewalttätig-rechtsextremistischen Szene ist weiterhin vorhanden. Die Attraktivität von Waffen und Kampfsport bleibt bestehen und damit auch der Mut, sich zu zeigen und Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden zu suchen, zum Beispiel mit Linksextremistinnen und -extremisten. Es ist wahrscheinlich, dass der Wille zur Auseinandersetzung bei den gewalttätigen Rechtsextremistinnen und -extremisten seit 2020 stärker geworden ist und dass somit gewaltsame Vorfälle wahrscheinlicher geworden sind.

Die Befürchtung, bei einem Outing als gewalttätige Rechtsextremistin oder gewalttätiger Rechtsextremist mit persönlichen Konsequenzen wie Arbeitsplatzverlust rechnen zu müssen, ist bei diversen Exponentinnen und Exponenten gesunken. Dies dürfte die Motivation erhöhen, öffentlich Aktionen durchzuführen und damit auch neue mögliche Mitglieder anzuziehen.

Aufgrund dieser Feststellungen ist davon auszugehen, dass die Lage im Bereich gewalttätiger Rechtsextremismus sich seit 2020 verschärft hat. Mit einer weiteren Zunahme von Gewalttaten ist vor allem im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Rechts- und Linksextremistinnen und -extremisten zu rechnen.

Flyer zu einer Demonstration anlässlich der Abstimmung über Änderungen des Covid-19-Gesetzes, November 2021

Linksextremismus

Die gewalttätig-linksextremistische Szene wird ihr Engagement in allen von ihr bereits behandelten Themen fortsetzen. Insbesondere wird sie den antifaschistischen Kampf fortführen, der sich gegen alles richtet, das sie als rechtsextremistisch wahrnimmt. Sie wird dazu sehr wahrscheinlich auf Demonstrationen, Sachbeschädigungen, Provokationen und auch auf körperliche Angriffe auf Personen zurückgreifen, die sie für rechtsextremistisch hält, unter anderem auch Personen, die die Pandemiemassnahmen kritisieren.

Die Begeisterung der gewalttätigen Linksextremistinnen und -extremisten für die kurdische Sache wird hoch bleiben. Klandestine gewaltsame Aktionen werden infolge dieses Interesses weiter erfolgen. Dabei wird Eigentum beschädigt werden, insbesondere indem Fahrzeuge in Brand gesetzt werden sowie mit Sprengstoff- und Farbanschlägen. Das Engagement hängt hierbei überdies von der Lage in den Kurdengebieten ab.

Monothematischer Extremismus

Im Bereich des gewalttätigen monothematischen Extremismus werden die Frequenz und Intensität der Aktivitäten der gewalttätig-coronaextremistischen Szene der Schweiz auch in Zukunft davon abhängen, wie sich die Pandemie und die Gegenmassnahmen entwickeln. Während kritischen Phasen könnten gewaltsame Aktionen sowohl von Gruppierungen wie auch von einzelnen Personen durchgeführt und könnte zudem versucht werden, die Vernetzung zu verbessern. Die Bildung solcher Gruppen gleichgesinnter gewalttätiger Personen kann das Gewaltpotenzial in der gewalttätig-coronaextremistischen Szene erhöhen, da dadurch sowohl neue Mitglieder rekrutiert werden können als auch das notwendige Know-how zur Durchführung gewaltsamer Aktionen effizienter verbreitet werden kann.

In der gemäss Epidemiengesetz normalen Lage ohne besondere behördliche Massnahmen beruhigt und verkleinert sich die Szene stark. Der NDB geht jedoch davon aus, dass sich gewisse Personen oder Gruppen, die sich während der Pandemie radikalisiert haben, neuen Themen zuwenden und ihre gewaltsamen Aktivitäten fortsetzen werden.

Es könnten aber in Zukunft auch weitere Bewegungen Gewalt anwenden, um ihre politischen Forderungen durchzusetzen. So könnten Personen beginnen, gewaltsam zu agieren, falls ihre Anliegen im politischen System nicht berücksichtigt werden oder falls die Antwort der Behörden auf ihr Anliegen nicht ihren Erwartungen entsprechen sollte. Aktuell verfügt der NDB aber über keinen konkreten Hinweis auf eine Radikalisierung weiterer Bevölkerungsgruppen.

Proliferation

Was sieht der NDB?

Kernwaffenarsenal Russlands und Chinas

Proliferation oder generell das Thema Massenvernichtungswaffen gewinnt unter den Grossmächten weiter an Bedeutung. Die Qualität des russischen und chinesischen Kernwaffenarsenals verändert sich. Beide Staaten entwickeln Technologien, die die Zweitschlagfähigkeit sicherstellen sollen, indem sie Raketenabwehrsysteme unterlaufen können. Sie haben aufgrund ihrer Eigenschaften aber auch das Potenzial, als Erstschlagwaffen zu dienen. Die russische Awangard – der Name ist Programm – kann hier als Beispiel genannt werden. Nukleare Abschreckung umfasst grundsätzlich zwei Aspekte, zum einen die direkte Abschreckung eines gegnerischen Angriffs, zum anderen aber auch die Option der konventionellen Eskalation gegenüber einem nuklear bewaffneten Gegner.

Iran

Die USA haben ihre Teilnahme am Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) 2018 aufgekündigt; 2019 reduzierte auch Iran seine Umsetzung der im Rahmen des JCPOA eingegangenen Verpflichtungen. Die Tötung des iranischen Generals Soleimani durch die USA 2020 verhärtete das ohnehin zerrüttete Verhältnis weiter. Iran intensivierte 2019 die Verbesserung seiner Gasultrazentrifugen und begann mit den neuen Typen auch in grösserer Stückzahl zu arbeiten. Die modernen Zentrifugen haben sich dabei als deutlich leistungsfähiger und zuverlässiger erwiesen als die alte, von Iran in Natanz ursprünglich genutzte Zentrifuge. Diese ist die schlechteste und unzuverlässigste Gasultrazentrifuge, die je für die kommerzielle, industrielle Urananreicherung eingesetzt wurde. Die Beschränkung der Entwicklung moderner Zentrifugen war deshalb ein entscheidender Punkt des JCPOA. Der nach 2019 erfolgte irreversible Wissensgewinn ist von weit höherer Bedeutung als die vorerst symbolische Anreicherung auf 60 Prozent. Politisch verringert aber jeder Schritt gegen den Buchstaben oder den Geist des JCPOA die Aussichten auf dessen Reanimierung.

Nordkorea

Nordkorea nutzte die taktische Geduld der Administration Trump, um eine beeindruckende Zahl neuer, moderner Waffensysteme zu entwickeln und zu testen. Es handelt sich um Systeme kürzerer und mittlerer Reichweite, die also gegen Südkorea und Japan wirken. Darunter finden sich auch Systeme, die von Unterwasserplattformen wie zum Beispiel U-Booten eingesetzt werden können. Gleichzeitig verzichtete Nordkorea darauf, Interkontinentalraketen oder Kernwaffen zu testen,

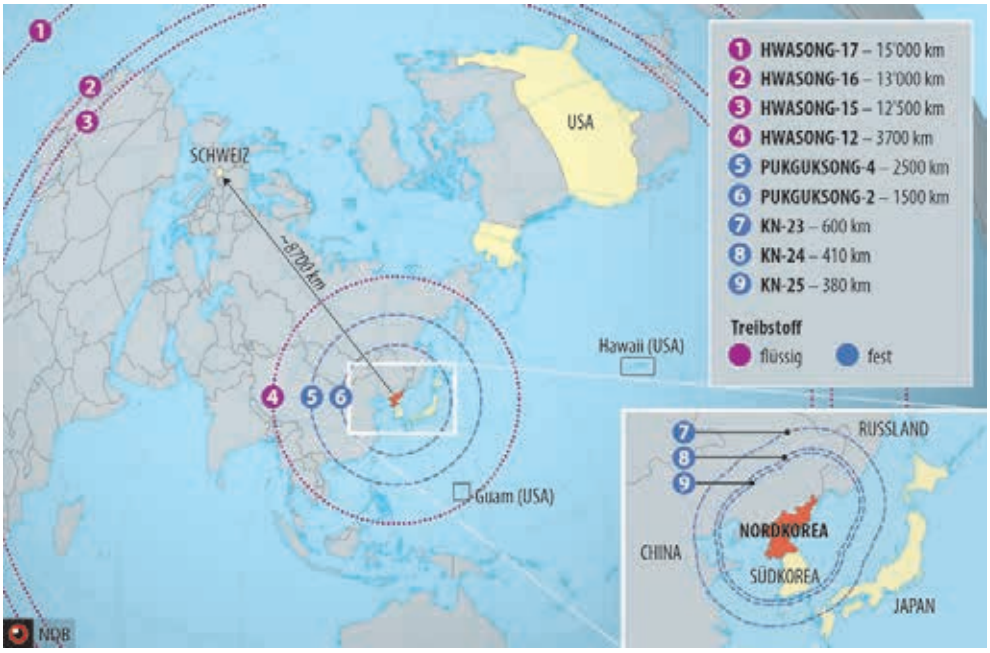
also auf gegen die USA gerichtete Aktionen. Diese Zurückhaltung endete im Januar 2022 mit einer entsprechenden Ankündigung des Regimes und dann im März 2022 mit dem Test einer Interkontinentalrakete.

Die neu entwickelten Waffensysteme lassen mehrere Ziele erkennen:

- Nordkorea will Südkorea, Japan und nachgelagert Guam mit präzisen ballistischen Raketen und neu auch Marschflugkörpern bedrohen können. Solche Mittel sind gerade in der Frühphase eines grösseren bewaffneten Konflikts von strategischer Bedeutung, da damit gegnerische Führungsmittel, Logistik und Einsatzbasen gezielt neutralisiert werden können. Nordkorea folgt hier dem Beispiel Russlands und Chinas und bezieht wie diese das Unterlaufen einer gegnerischen Raketenabwehr in die Entwicklung ein. Diese nordkoreanischen Systeme haben primär eine konventionelle Rolle, sind aber grundsätzlich auch nuklearisierbar.

- Nordkorea strebt den Aufbau einer minimalen nuklearen Abschreckung gegenüber den USA an. Auch hier scheint der Aspekt der Raketenabwehr bereits in die Entwicklung einzufliessen. Während mit der Interkontinentalrakete Hwasong-15

Nordkoreas neuste, leistungsfähigste und relevanteste ballistische Lenkwaffen mit ihren Reichweiten



ganz Nordamerika abdeckt werden kann, ist deren grosse Schwester Hwasong-17 dazu überdimensioniert. Sie verfügt aber über ausreichend Leistungsreserven für Kurvenbahnen, die von der amerikanischen Raketenabwehr nicht eingeplant wurden.

- Auch im Bereich der Kernwaffen dürfte Nordkorea einen ähnlichen Ansatz verfolgt haben. Die bisherigen nordkoreanischen Kernwaffentests lassen sich so deuten, dass Nordkorea zwei Waffendesigns entwickelt hat: zuerst eine Plutoniumbombe, die auch als „Zünder" für eine Wasserstoffbombe adaptiert wurde und so auf den Interkontinentalraketen zum Einsatz kommt, danach ein auf Uran basiertes, taktisches Design für den regionalen Einsatz.

Sektoriell übersteigen die von Nordkorea gezeigten Fortschritte die Fähigkeiten der eigenen industriellen und wissenschaftlichen Basis. Das Land wird also von Dritten unterstützt und/oder setzt seine robusten Cyberfähigkeiten auch erfolgreich zur gezielten Industriespionage ein.

Was erwartet der NDB?

Strategische Rüstungskontrolle

Unter den Opfern des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine findet sich die Rüstungskontrolle. Die konventionelle Rüstung gewinnt wieder an Bedeutung. Die Budgets werden grösser, und die ungenügende Leistung schlecht geführter Panzer gegen moderne Einmannwaffen wird Anpassungen bei der Doktrin von Streitkräften auslösen und die Entwicklung neuer Waffensysteme fördern. Das Verhältnis zwischen Offensive und Defensive muss einmal mehr überdacht werden. In einer fliessenden Lage ändern sich auch Begrenzungen und Kontrollparameter. Vertrauensbildende Massnahmen haben damit einen schweren Stand.

Verifikationsmechanismen begleiten Kontrollvereinbarungen. Die strategische Rüstungskontrolle zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten setzte zur Verifikation sowohl auf nationale technische Mittel als auch auf Vorortinspektionen in fremdem Hoheitsgebiet. Internationale Vereinbarungen wie der Kernwaffensperrvertrag, die Chemiewaffenkonvention oder der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen verfügen über robuste Instrumente zur Verifikation. Entscheidend dabei ist aber der Respekt vor diesen Organisationen. Die in den letzten Jahren beobachtete Unterminierung des Respekts vor internationalen Organisationen durch gewisse Staaten – wie zum Beispiel der russische Cyberangriff auf die Organisation zum Verbot chemischer Waffen – erodiert das System der Rüstungskontrolle weiter.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden auch die neuen Themenfelder der Rüstungskontrolle, wie sie in der Strategie des Bundesrates exemplarisch aufgearbeitet wurden, zu einer noch grösseren Herausforderung werden.

Biologiewaffen

Zusätzlich tauchen in der strategischen Rüstungskontrolle neue Handlungsfelder auf. Neben den eher neuen und wesensfremden Technologien im Cyberbereich und im Bereich Künstliche Intelligenz gewinnt der Bereich Biologiewaffen an Dringlichkeit. Die Covid-19-Pandemie zeigt eindrücklich das disruptive Potenzial eines viralen Erregers für Wirtschaft und Gesellschaft auf. Neue Technologien wie mRNA-Impfstoffe erlauben es, einen biologischen Angriff so vorzubereiten, dass die eigene Seite vorgängig ausreichend geschützt wird. Dies gilt nicht nur für Menschen, sondern zum Beispiel auch für den Agrarsektor. Die Attribution eines solchen Angriffs wird ähnlich schwerfallen wie im Cyberbereich. Das Wissen um die Technologie proliferiert notwendigerweise, weil jeder Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützen will, in den Kampf gegen Sars-Cov2 und seine Verwandten investiert.

Iran

Eine Reanimierung des JCPOA zeichnet sich gegenwärtig nicht ab. Die Rahmenbedingungen haben sich seit 2015 geändert, ein wesentlicher Teil der damals vereinbarten Begrenzungen des iranischen Nuklearprogramms wird bereits 2025 auslaufen und der wechselseitige Nutzen der Vereinbarung ist deutlich geringer geworden. Iran wird technologisch zum nuklearen Schwellenstaat. Es ist aber nicht erkennbar, dass Iran in der gegenwärtigen Phase ohne äussere Notwendigkeit die rote Linie eines erneuten Kernwaffenprogramms überschreiten wird. Hierfür fehlt der sicherheitspolitische Druck, und die Wahrscheinlichkeit, entdeckt zu werden, ist zu gross.

Nordkorea

Nordkorea hat sich in der Pandemie noch rigoroser von der Aussenwelt isoliert. Der Aussenhandel ist weitgehend zusammengebrochen; Richtung Nachbarland Russland hat er sich auf wenige tausend Dollar reduziert. Dieses Beispiel zeigt, dass Nordkorea nicht durch wirtschaftlichen Druck zur Aufgabe seiner Massenvernichtungswaffenprogramme gezwungen werden wird. Im Gegenteil begünstigt der sich verschärfende Konflikt zwischen China und den USA die nordkoreanische Position, da ein sektorielles Zusammengehen zwischen China und den USA in dieser Frage nicht mehr stattfinden wird. Nordkorea wird sich noch stärker zum Störpotenzial Chinas im Fall eines Konflikts um Taiwan entwickeln, wobei allen Parteien klar sein dürfte, dass sich das nordkoreanische Regime nicht für fremde Interessen instrumentalisieren lässt.

Verbotener Nachrichtendienst

Was sieht der NDB?

Wo wird spioniert?

Spionage lässt sich geografisch schwer verorten, insbesondere, wenn sie teilweise oder vollständig mit Cybermitteln erfolgt. Zudem umfasst Spionage in der Regel ein Bündel konkreter Tätigkeiten, die sich – sofern sie sich verorten lassen – selten an nur einem Schauplatz abspielen. Da Spionage schliesslich notwendigerweise im Verborgenen betrieben wird, ist das Ausmass aller Spionageaktivitäten in einem bestimmten Gebiet keinem der involvierten Akteure vollständig bekannt: weder den Spionen, ihren Opfern noch der Spionageabwehr. Nichtsdestoweniger gibt es Indikatoren, um das Ausmass der Spionage an einem Ort zumindest grob einzuschätzen. Dazu gehören die Anzahl erkannter und mutmasslicher Nachrichtendienstoffiziere und Quellen sowie der Umfang erkannter nachrichtendienstlicher Aktivitäten an ebendiesem Ort.

Genf als Brennpunkt

Der NDB erachtet Genf als geografischen Brennpunkt verbotenen Nachrichtendiensts in der Schweiz. Warum? Im interkantonalen Vergleich wohnen im Kanton Genf am meisten erkannte und vermutete ausländische Nachrichtendienstoffiziere, und die Mehrzahl davon arbeitet offiziell auch vor Ort. Ein Grossteil der in Genf wohnhaften, meist männlichen Nachrichtendienstoffiziere ist offiziell als Diplomat an einer der zahlreichen diplomatischen Vertretungen tätig. Andere sind als Geschäftsleute oder Medienschaffende tätig oder arbeiten bei einer internationalen Organisation in Genf. Besonders hoch ist die Präsenz russischer Nachrichtendienstoffiziere. Der NDB schätzt, dass an den russischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Genf mehrere Dutzend Offiziere tätig sind.

Bei vielen Nachrichtendienstoffizieren dürfte es sich um Quellenführer handeln. Deren Hauptaufgabe besteht darin, geeignete Leute mit Zugang zu wichtigen Informationen oder zu anderen Personen anzuwerben. Professionelle Quellenführer können gleichzeitig zwischen drei und fünf Quellen verdeckt führen. Neben den Nachrichtendienstoffizieren leben und arbeiten auch zahlreiche mutmassliche Quellen und Unterstützer ausländischer Nachrichtendienste in Genf und Umgebung. Bekannt ist auch, dass sich pensionierte und offiziell ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Nachrichtendienste mit ihren Familien in Genf und Umgebung niedergelassen haben.

Der überwiegende Teil der dem NDB bekannten Aktivitäten mit nachrichtendienstlichem Hintergrund auf Schweizer Territorium findet in den Grossstädten statt. Bekannte Nachrichtendienstoffiziere nehmen an Veranstaltungen teil, um lohnende

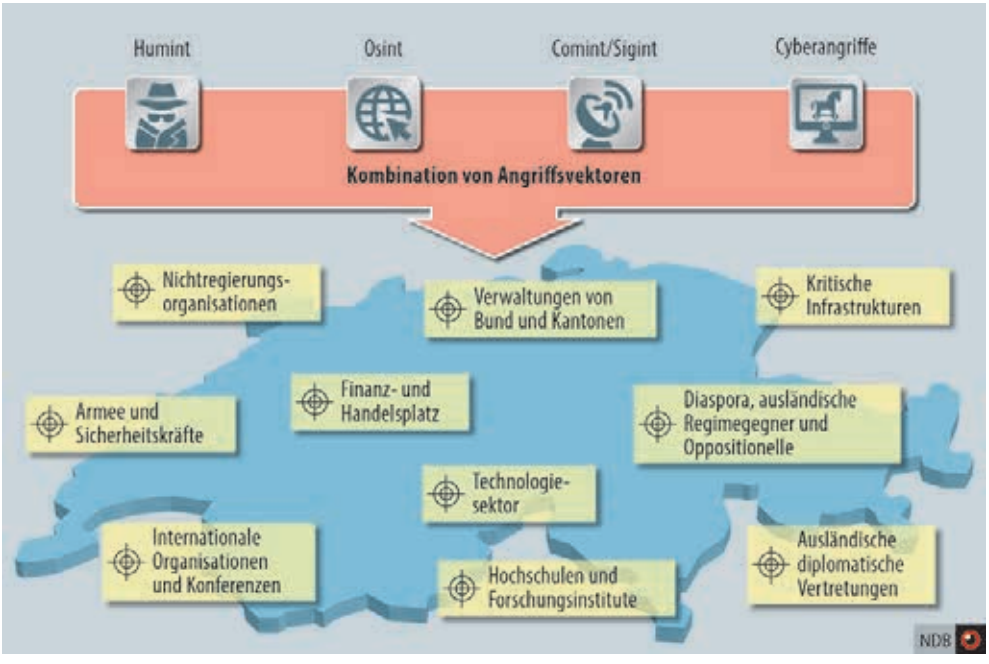
Spionageziele ausfindig zu machen und kennenzulernen. Des Weiteren kann der NDB immer wieder Treffen zwischen Quellenführern und mutmasslichen Quellen beziehungsweise Personen im Anwerbestadium feststellen.

Gründe für die hohe Spionageaktivität in Genf

Hauptgrund für die hohe Präsenz ausländischer Nachrichtendienstoffiziere und zahlreicher nachrichtendienstlicher Aktivitäten in Genf ist die Niederlassung zahlreicher Organisationen, die als lohnende Spionageziele gelten. Dazu gehören die internationalen Organisationen, diplomatische Vertretungen, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten, Privatunternehmen insbesondere im Finanz-, Rohstoff-, Handels- und Hochtechnologiesektor sowie Denkfabriken und Forschungseinrichtungen inklusive ihrer Angestellten. Viele Nichtregierungsorganisationen, Forschungseinrichtungen und Denkfabriken dürften in erster Linie wegen der internationalen Organisationen in Genf angesiedelt und mit ihnen geschäftlich verbunden sein. Diese Organisationen produzieren und verwalten alle eine Vielzahl von Informationen, die für Nachrichtendienste relevant sind.

Die Beschaffung dieser Informationen mit technischen Mitteln aus dem Ausland ist je nach Opfer, Umstand und taktischen Überlegungen entweder gar nicht möglich,

Angriffsvektoren und Ziele von Spionage in der Schweiz



nicht opportun oder nur eine von mehreren möglichen Beschaffungsmethoden. Eine bewährte und deshalb häufig eingesetzte Methode ist die Anwerbung von Personen, die für eine Organisation in den beschriebenen Bereichen arbeiten.

Die Tarnung als Diplomat eignet sich in mehrfacher Hinsicht:

- Diplomatinnen und Diplomaten verfügen über weitreichende und privilegierte Zugänge zu Gebäuden, Veranstaltungen und Personen.

- So getarnte Nachrichtendienstoffiziere nehmen je nach offizieller Funktion an multilateralen Verhandlungen teil. Über sie verfügt der jeweilige Dienstherr demnach über eine Möglichkeit, direkt Einfluss auf Verhandlungen zu nehmen. Zu bedenken ist, dass Nachrichtendienste nicht zwangsläufig immer dieselbe Position vertreten wie das Aussenministerium desselben Staats.

- Falls Spionageaktivitäten entdeckt werden, schützt diplomatische Immunität in der Regel vor Strafverfolgung.

Da sich die Nachrichtendienste insbesondere grosser Staaten überall gegenseitig aufklären, können diplomatische Vertretungen gleichzeitig Täter, weil sie dem eigenen Nachrichtendienst eine Tarnung bieten, und Opfer sein. In jüngster Vergangenheit war zudem zu beobachten, dass verschiedene Staaten in Genf ihre nachrichtendienstlichen Strukturen ausgebaut haben. Dies dürfte nicht zuletzt mit der verstärkten Konkurrenz der Grossmächte und einiger Regionalmächte zu tun haben. Nachrichtendienste gehören zu den machtpolitischen Mitteln, deren Einsatz deswegen Konjunktur hat. Ihre Bedeutung steigt in Kriegszeiten zusätzlich.

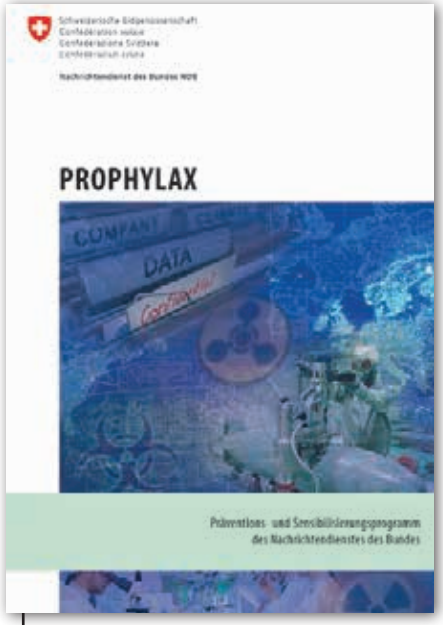
Die hohe Anzahl bekannter Aktivitäten mit nachrichtendienstlichem Hintergrund erklärt sich in erster Linie mit den unzähligen Veranstaltungen, die die in Genf angesiedelten Organisationen durchführen. Sie gelten als ideales Operationsgebiet für Nachrichtendienstoffiziere, die legendiert leicht mit vielen potenziellen Zielpersonen in Kontakt treten können. Da die Mehrheit der Zielpersonen in und um Genf lebt und arbeitet, bietet die Stadt auch für allfällige Folgetreffen gute Voraussetzungen: Für die Zielpersonen, die den nachrichtendienstlichen Charakter noch gar nicht ahnen dürften, erscheinen weitere Verabredungen normal. Die kurzen Distanzen in einer Stadt wie Genf lassen auch einen höheren Verabredungsrhythmus zu, was den Quellenführern dient und gleichzeitig unverdächtig wirkt.

Genf bietet – teilweise auch aufgrund der Präsenz der internationalen Organisationen – weitere Vorzüge, die sich ausländische Nachrichtendienste zunutze machen. Es liegt im Schengenraum und ist über seinen internationalen Flughafen gut erreichbar. Deshalb treffen sich im Ausland wohnhafte Quellenführer und Quellen auch gern auf Schweizer Boden. Die unmittelbare Nähe zu Frankreich bedeutet zudem, dass ausländische Nachrichtendienste heikle Aktionen – zum Beispiel die Übergabe von Informationen – sehr einfach auf einem nahegelegenen, aber doch fremden Staatsgebiet durchführen können. Staatenübergreifende Aktionen sind für die Spionageabwehr schwieriger aufzuklären.

„Im Visier“

Kurzfilm zum Thema „Wirtschaftsspionage in der Schweiz“

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)



„Prophylax“

Broschüre zur Präventions- und Sensibilisierungskampagne

www.vbs.admin.ch (DE / Dokumente und Publikationen / Suche / Prophylax / Publikationen)

Was erwartet der NDB?

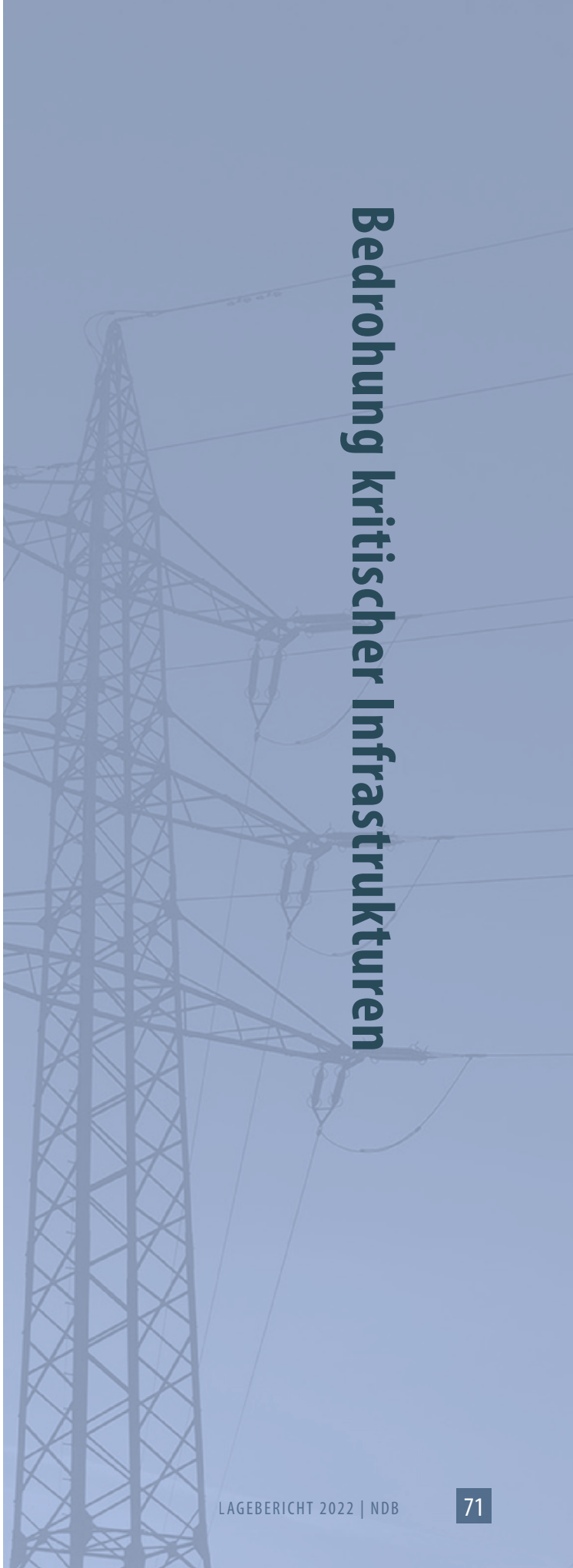
Spionage auf hohem Niveau und weiter zunehmend

Die Gründe für die hohe Spionagetätigkeit in Genf sind beständig. Entsprechend sind über die nächsten Jahre keine grösseren Veränderungen zu erwarten. Solange Genf eine Stadt mit weltweiter Bedeutung bleibt und vor allem weiterhin die UNO-Organisationen beheimatet, werden Spionageaktivitäten auf hohem Niveau weitergeführt werden. Sie dürften sich wegen der verstärkten Konkurrenz der Gross- und einiger Regionalmächte sogar noch intensivieren. In dieser Lage nimmt gleichzeitig der Bedarf an zusätzlichen bi- und multilateralen Gesprächen auf neutralem Boden zu. An solchen Verhandlungen nehmen erfahrungsgemäss immer auch hochrangige Vertreter der Nachrichtendienste teil. Da sich Genf unter anderem sehr gut dafür eignet, dürfte entsprechend auch mehr oder öfter nachrichtendienstliches Führungspersonal dorthin reisen.

Des Weiteren bleibt Genf als Ort für Demonstrationen bei diversen Gruppierungen beliebt, die in ihrer Heimat unterdrückt werden. Erfahrungsgemäss werden manche dieser Veranstaltungen von ausländischen Nachrichtendiensten überwacht. Die Häufigkeit und Intensität der Überwachung bleibt schwer abzuschätzen und die Überwachung dürfte stark von der Lage in der Heimat und zudem von Grösse und Wirkungsbereich der dortigen Nachrichtendienstapparate abhängen. Grundsätzlich gilt jedoch: Je ausgeprägter der Konflikt und je grösser die von einem Regime wahrgenommene Bedrohung durch Kritiker und Oppositionelle, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass diese aufgeklärt werden.

Als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine haben mehrere europäische Staaten zahlreiche Offiziere russischer Nachrichtendienste ausgewiesen. Gelingt es diesen Staaten zu verhindern, dass die ausgewiesenen durch neue Offiziere unter diplomatischer Tarnung ersetzt werden, so wird das russische Nachrichtendienstdispositiv im jeweiligen Staat nachhaltig geschwächt. Ein solches Szenario wiederum dürfte die russischen Nachrichtendienste unter anderem dazu bewegen, ihre Kräfte in anderen Staaten einzusetzen. Dazu könnte auch die Schweiz gehören, weshalb die verfügbaren Instrumente, um eine Einreise dieser Nachrichtendienstoffiziere zu verhindern, ausgeschöpft werden müssen.

Bedrohung kritischer Infrastrukturen



Was sieht der NDB?

Einsatz von Cybermitteln im Umfeld von Konflikten und Krieg

Im Vorfeld und während eines Kriegs spielen Cybermittel eine wichtige Rolle. So können mit Cyberangriffen zumindest temporär gewisse Fähigkeiten des Gegners eingeschränkt werden. Mit Cyberangriffen auf die kritischen Infrastrukturen des Gegners kann die betroffene Bevölkerung verunsichert und können gesellschaftliche Abläufe beeinträchtigt werden.

Cybermittel können auch für Informationsoperationen eingesetzt werden. Diese dienen dazu, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, namentlich von Regierung und Bevölkerung, zu schwächen. Im Informationsraum liegt der Fokus der Kriegsparteien eindeutig darauf, vor und während der kinetischen Auseinandersetzung die eigene Sichtweise zu verbreiten. Zur Verbreitung von wahren oder falschen Informationen werden die eigenen Kanäle genutzt, aber auch Webseiten zum Beispiel der Regierung und von Medien sowie Social-Media-Konten gehackt. Auf all diesen Wegen wird versucht, ein Publikum zu erreichen.

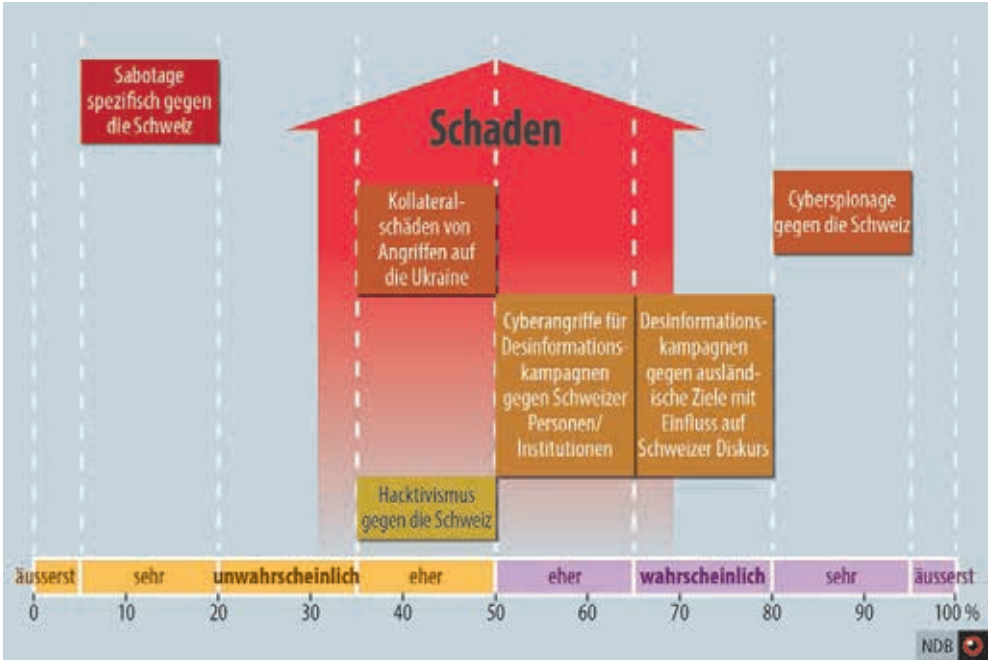
In den Tagen vor dem Einmarsch der russischen Streitkräfte wurde die Verfügbarkeit der Webseiten von Banken und Behörden in der Ukraine gestört. Die Systeme ukrainischer Behörden und Organisationen wurden mit sogenannten Wiper-Programmen angegriffen. Diese Schadsoftware dient dazu, nach Infektion der Zielnetzwerke deren Daten unwiderruflich zu löschen. Damit wurden im Vorfeld der Invasion wichtige behördliche Funktionen beeinträchtigt. Diese Angriffe dienten auch generell zur Störung des Alltagbetriebs und zur allgemeinen Verunsicherung der ukrainischen Bevölkerung. Cyberangriffe mit Wiper-Programmen zur Störung von kritischen Infrastrukturen haben grundsätzlich dieselben Effekte wie eine Verschlüsselungsschadsoftware. Bei angemessener Vorbereitung können Schäden aber meist innert nützlicher Frist behoben werden. Zur nachhaltigen Beeinträchtigung der Funktion kritischer Infrastrukturen sind kinetische Angriffe zuverlässiger und auch präziser. Denn Cyberangriffe mit physischen Konsequenzen sind nicht einfach auszuführen und bergen meistens ein nicht unerhebliches Risiko unbeabsichtigter Kollateralschäden. Trotzdem griffen während des russischen Rückzugs aus dem Norden der Ukraine Mitte April 2022 Hacker – wahrscheinlich des dem russischen Militärnachrichtendienst GRU zugerechneten Akteurs Sandworm – die ukrainische Stromversorgung an.

Praktisch gleichzeitig mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine wurde ein Anbieter von Satellitenkommunikation Opfer von Cyberangriffen. Die USA, Grossbritannien und die EU haben diese Cyberangriffe Russland zugeschrieben. Während die Infrastruktur des Anbieters mit einem Angriff auf die Verfügbarkeit

seiner Webseiten und Dienste beeinträchtigt, also überlastet wurde, sabotierten die Angreifer die Modems der Kunden mit einer Fernwartungsfunktion. Diese Modems konnten anschliessend keine Verbindung mehr zum Satelliten aufbauen. Die Angriffe dienten sehr wahrscheinlich dazu, die von der ukrainischen Armee benutzten Kommunikationskanäle zu stören. Sie hatten jedoch Auswirkungen auf mehrere Länder und Kommunikationseinrichtungen ohne Bezug zu den Kriegshandlungen: Unter anderem waren mehrere Windturbinen in Europa betroffen, die danach zwar noch in autonomem Modus Strom produzierten, jedoch nicht mehr aus der Ferne von den Betreiberfirmen überwacht und gesteuert werden konnten. Die Funktionalität der Modems konnte nur vor Ort manuell wiederhergestellt werden.

Nach dieser Anfangsphase stieg die Anzahl der Cyberangriffe der Kriegsparteien ausserhalb des Kriegsgebiets nicht weiter an. Allerdings wurden private Akteure dazu aufgerufen, russische beziehungsweise ukrainische Ziele mit Cybermitteln anzugreifen. Dies führte auch in westlichen Ländern zu einer Vielzahl von Vorfällen bei Unternehmen mit Verbindung zu Russland. Zumeist handelte es sich um Angriffe auf die Verfügbarkeit von Webseiten und Diensten oder um unbefugte Datenbeschaffung. Die beschafften Daten wurden anschliessend veröffentlicht.

Mögliche Folgen des Kriegs in der Ukraine für die Schweiz im Cyberbereich



Rolle nichtstaatlicher Akteure in Konflikten und Kriegen

Nichtstaatliche Akteure, vor allem Technologiefirmen, spielen in modernen Konflikten eine wachsende Rolle. Im Krieg in der Ukraine stellten auf westlicher Seite etwa SpaceX-Gründer Elon Musk und die amerikanische Agentur für internationale Entwicklung der Ukraine mit inzwischen 10'000 Terminals Zugang zu Starlink-Satelliten zur Verfügung. Der auf diese Weise sichergestellte Internetzugang wurde sowohl von Spitälern als auch von der ukrainischen Armee zum Beispiel für Drohnenangriffe auf russische Panzer genutzt. Sicherheitsteams von Microsoft arbeiten seit Januar 2022 eng mit der ukrainischen Regierung und Cybersicherheitsspezialisten in der ukrainischen Privatwirtschaft zusammen, um bedrohliche Aktivitäten gegen ukrainische Netzwerke zu identifizieren und zu beseitigen. Dazu hat Microsoft eine sichere Kommunikation mit der Regierung Selenski etabliert und teilt rund um die Uhr Bedrohungsanalysen und technische Gegenmassnahmen zur Beseitigung von Malware in ukrainischen Netzwerken.

Angriffe mit Verschlüsselungsschadsoftware

Abseits bewaffneter Konflikte oder von Kriegen stellt Cyberkriminalität nach wie vor die imminenteste Bedrohung für kritische Infrastrukturen dar. Der starke Anstieg erfolgreicher Infektionen mit Verschlüsselungsschadsoftware (Ransomware) in der Schweiz wie auch international veranschaulicht dies. Ebenso zeigten jüngst erfolgreiche Verschlüsselungsangriffe, dass in der Schweiz nebst Privatunternehmen auch gewisse Betreiber kritischer Infrastrukturen und Behörden gegen solche Angriffe ungenügend gewappnet sind. Die Täterschaft geht opportunistisch vor und ist auf Gewinnmaximierung fokussiert, weshalb jegliche Institution, die Angriffsfläche bietet, zum Ziel werden kann.

Markt für cyberkriminelle Dienstleistungen

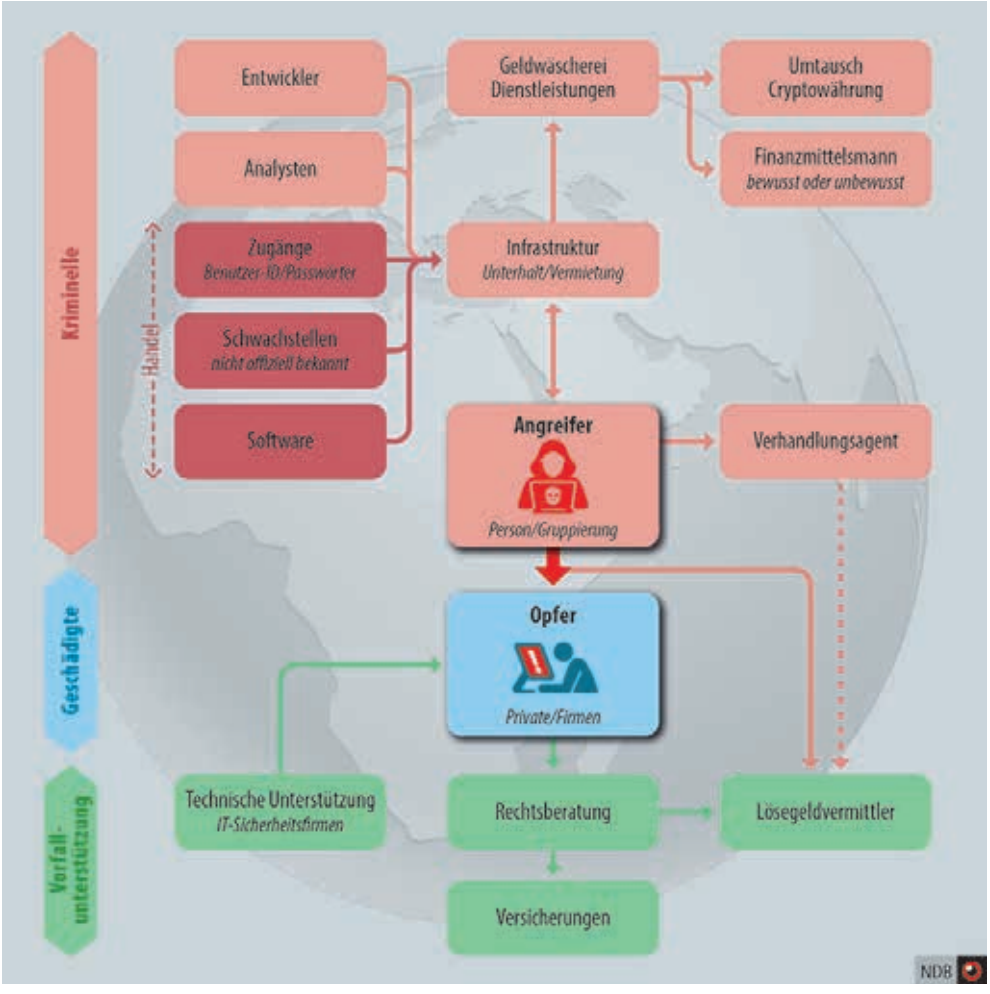
Entscheidende Faktoren für diese Bedrohung sind die „Professionalisierung" und „Kommerzialisierung" von Cyberkriminalität. Die Spezialisierung der Akteure auf einzelne cyberkriminelle Dienstleistungen im Internet ist weiter fortgeschritten. Es hat sich inzwischen ein Markt gebildet, in dem Konkurrenz und Preisdruck besteht und Cyberkriminelle ihre Dienstleistungen offen bewerben.

Eine Schlüsselrolle in der cyberkriminellen Dienstleistungskette spielt der Verkauf von Zugangsdaten zu Netzwerken. Der Handel mit solchen Zugangsdaten hat zugenommen, seit wegen der Pandemiemassnahmen vermehrt aus der Distanz auf Netzwerke zugegriffen wird. Diese Fernzugriffe erfolgen zum Beispiel über ein Virtual

Private Network oder das Remote Desktop Protocol. Laufend kommen weitere neue Applikationen mit Fernzugriffsmöglichkeiten – zum Beispiel zur Virtualisierung von Arbeitsflächen – und damit Infektionsvektoren dazu.

Gestohlene beziehungsweise illegal erworbene Fernzugriffsdaten stehen häufig am Anfang von Verschlüsselungsangriffen und Datendiebstahl. Die gehandelten Zugriffsdaten stammen oft aus einem Datenabfluss, etwa durch eine Schadsoftwareinfektion oder durch Phishing. Der Erwerb spart den Käufern viel Zeit, die sie ansonsten zur Kompromittierung und Ausforschung eines Netzwerks hätten aufwenden müssen.

Cyberkriminelles Umfeld



Die Anzahl der Verkäufer ist gestiegen, die Preise für Zugriffsdaten sinken und variieren je nach Unternehmensgrösse, -standort, -umsatz und Zugriffsprivilegien im jeweiligen Netzwerk. So kosten etwa Zugriffsrechte auf einen Account mit Administrativrechten ein Vielfaches eines Accounts mit blossen Nutzerrechten. Laut Sicherheitsfirmen sind Zugangsdaten im industriellen Sektor sowie im Forschungs- und IT-Bereich besonders gesucht. Dies stellt eine erhebliche Bedrohung für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz dar, weil Leistungsausfälle in diesen Bereichen innert kurzer Zeit hohe Kosten verursachen und die Opfer deshalb leichter erpressbar sind. Zugriffe in diesen Bereichen bieten den Tätern auch die Möglichkeit, Angriffe durch die Nutzung von Netzwerkschnittstellen, Lieferketten und Kundenbeziehungen zu skalieren. Die „Professionalisierung" und „Kommerzialisierung" von Cyberkriminalität erschweren nicht nur die Zuordnung und Attribution von Angriffen, sondern erhöhen überdies die Resilienz cyberkrimineller Gruppierungen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden.

Ausnutzung von Schwachstellen

Weiter sorgt die systematische Ausnutzung von Schwachstellen in breit eingesetzter Software für eine zusätzliche Bedrohung. Jüngstes Beispiel ist die sogenannte Log4J-Schwachstelle von Ende 2021. Es handelt sich dabei um ein frei verfügbares Programmmodul, das in einer Vielzahl von Servern eingesetzt wird. Entsprechend ist eine Zunahme von sogenannten Initial-Access-Angeboten im kriminellen Umfeld zu beobachten. Dabei werden bereits angelegte Zugänge zu Netzwerken verkauft, die unter anderem unter Ausnutzung von Schwachstellen bereits infiltriert wurden.

Was erwartet der NDB?

Schadsoftware fliegt weiter als Raketen

In Konflikten allgemein und bei Kriegshandlungen im Besonderen ist immer auch mit Cyberaktivitäten zu rechnen. Cyberspionage zwecks Aufklärung der Gegenpartei ist fester Bestandteil der Fähigkeiten jedes relevanten Machtapparats. Cyberoperationen eignen sich auch dazu, Aktivitäten unterhalb der Kriegsschwelle zu entfalten und beim Gegner dennoch Wirkung zu erzielen. In einem bewaffneten Konflikt sind für eine angreifende Partei jedoch kinetische Mittel zur Zerstörung gegnerischer Ressourcen einfacher einzusetzen und präziser. Trotzdem wurde Mitte April 2022 die Cyberkriegsführung eskaliert und wurden industrielle Steuerungssysteme in der Ukraine zwecks Störung physischer Prozesse angegriffen. Nicht nur Russland entwickelt entsprechende Fähigkeiten, und vergleichbare Angriffe werden in den kommenden Jahren zunehmen.

Die auf ihrem Gebiet physisch angegriffene Partei und mit ihr sympathisierende Akteure werden hingegen regelmässig Cybermittel einsetzen, um den Aggressor und mit ihm Alliierte zu schädigen. Die angegriffene Partei hat typischerweise wenig andere Möglichkeiten, auf dem Territorium des Angreifers Wirkung zu erzielen. Hingegen können Akteure auf der ganzen Welt Cyberangriffe auf Interessen der einen oder anderen Konfliktpartei durchführen.

Politisch und wirtschaftlich isolierte Staaten können ebenfalls Cybermittel einsetzen, sei dies zum Diebstahl geistigen Eigentums, zur Störung kritischer Infrastrukturen in anderen Ländern oder zur Beschaffung von Devisen. Zudem hat ein solcher Staat die Möglichkeit, cyberkriminellen Aktivitäten Raum zu bieten, namentlich indem er Cyberkriminelle auf seinem Territorium vor internationaler Strafverfolgung schützt.

Die Rolle nichtstaatlicher Akteure wie insbesondere von Technologiefirmen werden nochmals wichtiger werden.

Konsequenzen des pandemiebedingten Digitalisierungssprungs

Die Digitalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlichen Institutionen wird nicht nur unaufhaltsam vorangetrieben, sondern dieser Prozess wurde in der Covid-19-Pandemie auch noch erheblich beschleunigt. Die Pandemiemassnahmen führten zu einer erhöhten Nachfrage nach Fernzugriffen, und diverse Institutionen benötigten schnell Möglichkeiten, digital zu arbeiten. Entsprechende Lösungen mussten deswegen sofort beschafft und eingesetzt werden; für eine ausgiebige Testphase, eine Sicherheitsüberprüfung und die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlte die Zeit.

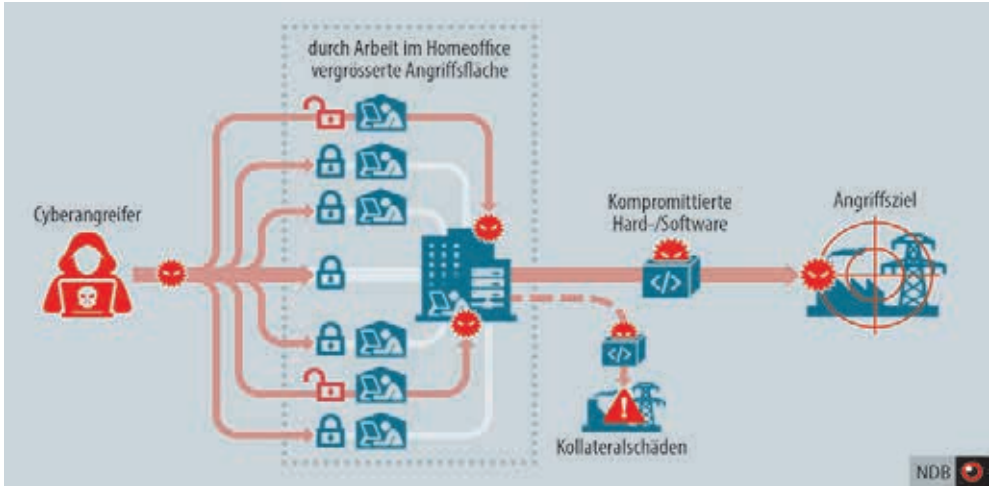
Die beschleunigte Umstellung auf digitale Arbeitsformen stellt ein erhöhtes Risiko

für die Sicherheit, Verfügbarkeit und Integrität der jeweiligen Systeme und der darin bearbeiteten Daten dar. So werden für die Arbeit häufig private Geräte genutzt, die nicht zentral administriert werden, weswegen die Verwundbarkeit oder eine Schadsoftwareinfektion nicht erkannt werden können. Viele der rasch implementierten, ursprünglich als Provisorien gedachten Lösungen wurden fest übernommen, da eine Rückkehr zu hergebrachten Arbeitsformen unmöglich oder gar nicht vorgesehen ist. Auch sensible Daten sind durch mangelhafte Lösungen schlecht geschützt und können unbeabsichtigt auch von Personen abgefragt werden, die nicht über diese Möglichkeit verfügen sollten.

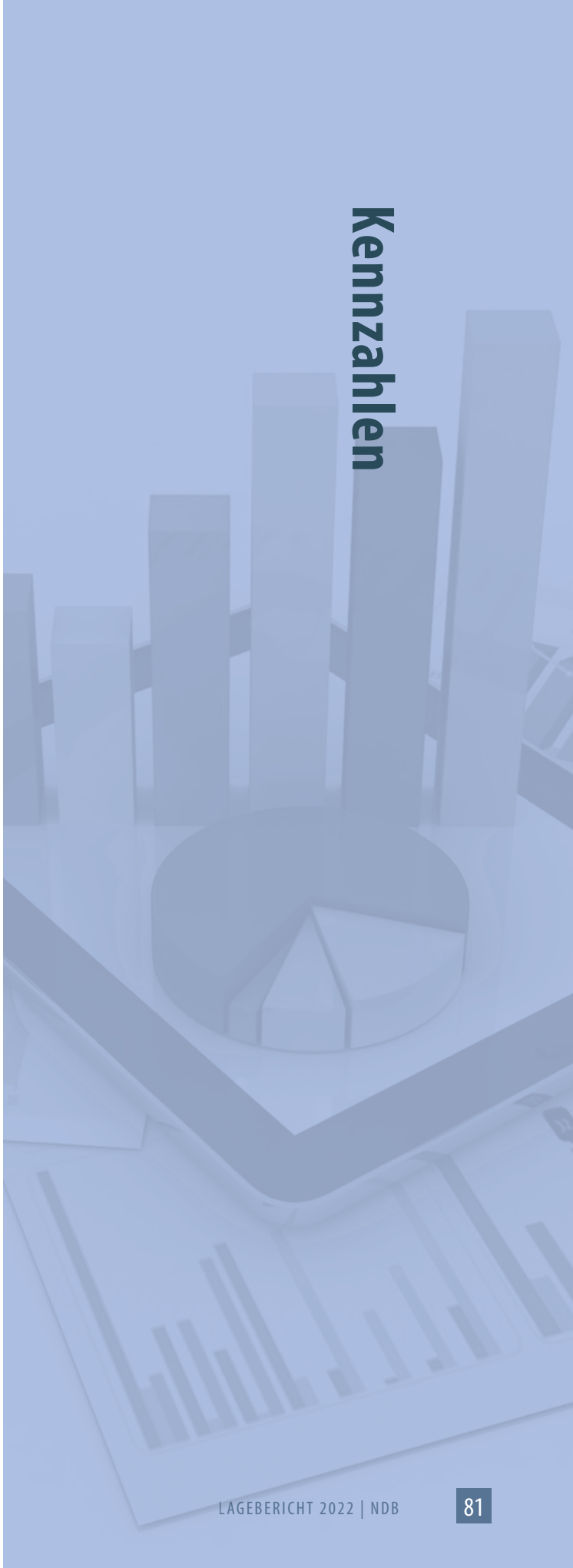
Da die Wertschöpfungsketten und Dienstleistungen moderner Gesellschaften zunehmend datengetrieben sind, setzen sich Organisationen mit unsicheren digitalen Lösungen zusätzlichen Risiken aus. Betroffen sind nicht nur die Organisationen selbst, sondern auch ihre Kunden und Dritte, bei Behörden gar die Öffentlichkeit. Die stetig zunehmende Menge verfügbarer Informationen im Internet bietet zudem neue Möglichkeiten gezielter Ausnutzung, etwa mit speziellen Werkzeugen oder durch maschinelles Lernen.

Es ist unwahrscheinlich, dass betroffene Organisationen ihre Ad-hoc-Lösungen systematisch nachträglich auditieren und Sicherheitsmassnahmen und Richtlinien ohne Verzug implementieren werden. Daher führt der Digitalisierungssprung zu einer vergrösserten Angriffsfläche für Organisationen und zu erhöhten Risiken bei der Nutzung digitaler Leistungen.

Vermehrter Fernzugriff, etwa durch Homeoffice, vergrössert die Angriffsfläche von Netzwerken



Kennzahlen



Struktur, Personal und Finanzen

Mit Stand Ende 2021 beschäftigte der NDB 178 Mitarbeiterinnen und 254 Mitarbeiter mit insgesamt 394,9 Vollzeitäquivalenten. Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden. Nach Erstsprachen aufgeschlüsselt waren 72,7 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutsch-, 22,4 Prozent französisch-, 4,2 Prozent italienisch- und 0,7 Prozent romanischsprachig.

Die Aufwendungen der Kantone für ihre Nachrichtendienste wurden mit 18 Millionen Franken abgegolten. Der Personalaufwand betrug 64,6 Millionen, der Sach- und Betriebsaufwand 15,4 Millionen Franken.

Internationale Kooperation

Der NDB arbeitet mit ausländischen Behörden zusammen, die Aufgaben im Sinn des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) erfüllen. Er vertritt hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien. Im Einzelnen pflegt er den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen. Dazu gehören die zuständigen Stellen bei der UNO sowie Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Der NDB erhält derzeit pro Jahr rund 13’500 Meldungen von ausländischen Partnerdiensten. An ausländische Partnerdienste gehen derzeit seitens NDB jährlich rund 6500 Meldungen.

Informations- und Speichersysteme

2021 gingen insgesamt 178 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. Zudem wurde eine Nachfrage zu einem früheren Gesuch eingereicht. 102 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine zweigeteilte Antwort: Der NDB erteilte ihnen zum einen vollständig Auskunft nach Datenschutzgesetz, zum andern schob er nach NDG die Antwort für die Systeme nach Artikel 63 Absatz 2 NDG auf (Aufschub wegen Nichtverzeichnung, Geheimhaltungs-, Drittinteressen). In 49 Fällen erteilte der NDB den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern unter Vorbehalt von Geheimhaltungsinteressen und des Schutzes Dritter in Bezug auf sämtliche Systeme vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er über sie bearbeitet hatte. In 5 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs trotz Erinnerung nicht erfüllt und die Gesuche konnten daher bis zum 31. Dezember 2021 noch nicht bearbeitet werden. 22 Auskunftsgesuche

waren Ende 2021 noch unbeantwortet. Auch eine Nachfrage zu einem früheren Gesuch war Ende Dezember 2021 noch pendent.

2021 gingen beim NDB 28 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes ein.

Lagebeurteilungen

Der NDB legt jährlich seinen Lagebericht „Sicherheit Schweiz" vor. Dieser enthält den Lageradar, der in seiner klassifizierten Form der Kerngruppe Sicherheit monatlich zur Beurteilung der Bedrohungslage und zur Setzung von Schwerpunkten dient. Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des NDG und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form. So unterstützte der NDB auch 2021 die Kantone mit einem von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbund (Gipfeltreffen der Präsidenten der USA und Russlands).

Berichte zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren

Zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren übergibt der NDB Informationen unklassifiziert an die zuständigen Behörden. So stellte er 2021 der Bundesanwaltschaft 16 und anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatsekretariat für Migration oder dem Staatsekretariat für Wirtschaft 20 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu. Davon betrafen 19 Berichte den Bereich Terrorismus, 6 den Bereich Gewaltextremismus, 6 den Bereich verbotener Nachrichtendienst und 3 den Bereich Proliferation. 2 weitere Amtsberichte waren keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen.

Massnahmen

Terrorismusabwehr | Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB zweimal pro Jahr auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Terrorismus)

Sensibilisierungsprogramm Prophylax | Der NDB unterhält zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für illegale Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation: das Sensibilisierungsprogramm Prophylax und das Sensibilisierungsmodul Technopol für Hochschulen. Angesprochen werden Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitute und Bundesämter. 2021 wurden im Rahmen von Prophylax 46 und im Rahmen von Technopol 10 Ansprachen durchgeführt. Zudem fanden 17 Sensibilisierungen statt.

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen | Bei Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG kann der NDB genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen. Diese sind in Artikel 26 NDG geregelt. Sie müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des EDA und der Vorsteherin des EJPD von der Vorsteherin des VBS freigegeben werden. Sie werden für maximal drei Monate genehmigt. Vor Ablauf der bewilligten Dauer kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen 2021

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	*Operationen*	*Massnahmen*
Terrorismus	1	8
Verbotener Nachrichtendienst	1	56
NBC-Proliferation	0	0
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	0	0
Total	**2**	**64**

Von den Massnahmen betroffene Personen 2021

Kategorie	*Anzahl*
Zielpersonen	6
Drittpersonen (laut Art. 28 NDG)	1
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	0
Total	**7**

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden musste.
- Operationen und betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

Kabelaufklärung | Mit dem Nachrichtendienstgesetz hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Art. 39 ff. NDG). Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert. Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an das Zentrum für Elektronische Operationen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor. Ende 2021 waren 3 Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Funkaufklärung | Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Art. 38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender. Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist. Ende 2021 waren 32 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Überprüfungen im Bereich Ausländerdienst und Anträge auf Einreiseverbot | 2021 prüfte der NDB 4395 Gesuche im Bereich Ausländerdienst auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit (Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie internationalen Funktionärinnen und Funktionären oder Visumsgesuche und Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich). In 3 Fällen empfahl der NDB die Ablehnung eines Gesuchs um Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung. In einem Fall empfahl der NDB die Ablehnung eines Gesuchs um Akkreditierung. Im Weiteren überprüfte der NDB 728 Asyldossiers auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. In einem Fall wies er auf ein Sicherheitsrisiko hin. Von den 42’314 Einbürgerungsgesuchen, die der NDB nach Massgaben des NDG überprüfte, empfahl er in 5 Fällen die Ablehnung der Einbürgerung beziehungsweise machte er Sicherheitsbedenken geltend. Im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision überprüfte der NDB 401’958 Datensätze auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. In 3 Fällen empfahl

er eine Ablehnung. Daneben überprüfte der NDB die API-Daten (Advance Passenger Information) von 1'184'409 Personen auf 9634 Flügen. API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden. Ferner beantragte der NDB bei fedpol 204 Einreiseverbote (87 wurden verfügt, 117 waren bei Jahresende noch in Bearbeitung. Kein Antrag wurde an den NDB zurückgewiesen).

Personensicherheitsprüfungen | Für die Bundeskanzlei und die Fachstelle Personensicherheitsprüfungen des VBS führte der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen 1753 Auslandabklärungen und 186 vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

Abkürzungsverzeichnis

API	Advance Passenger Information
Aukus	Trilaterale Sicherheitspartnerschaft (USA, Australien, Grossbritannien)
EU	Europäische Union
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
LNG	Liquefied Natural Gas (verflüssigtes Erdgas)
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NDG	Nachrichtendienstgesetz
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
Juni 2022

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.22d
ISSN 1664-4670

SICHERHEIT SCHWEIZ
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch